



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922**

336 (25.7.1922) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-204599](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-204599)



# Mannheimer General-Anzeiger

## Badische Neueste Nachrichten

Druckpreis: In Mannheim und Umgebung monatlich 1,50 M., in den übrigen Orten 2,00 M. Einzelnummer 15 Pf. Postkonten Nr. 1790 Karlsruhe in Baden und Nr. 1917 Ludwigshafen am Rhein. Hauptgeschäftsstelle E. & S. Schöller & Neuberger, Hauptredaktion, Waldhofstraße Nummer 4, Fernsprecher Nummer 2040, 2041, 2042, 2043, 2044, 2045. Telegramm-Adresse: General-Anzeiger Mannheim. Erscheint wöchentlich zweimal.

Anzeigenpreise: Die kleine Seite Nr. 4.— woch. Nr. 10.— Stellungs- u. Sam.-Anz. 20 Pf., Nachl. Nr. 30 woch. Nr. 36. Sonntagsblätter: Mittagsblatt woch. 5 Pf., Abendl. nachm. 7 Pf., Uhr. Für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen u. Ausgabem. keine Verantwortl. über. Höhere Gewalt, Streiks, Betriebsstörungen usw. Verantwortl. zu sein. Ersparnisse für Anzeigen oder beschränkte Ausgaben oder für verspätete Aufnahme von Anzeigen. Aufträge durch Fernsprecher ohne Gewähr.

Beilagen: Der Sport v. Sonntag, Aus der Welt der Technik. Gesetz u. Recht. Mannh. Frauen-Zeitung. Mannh. Musik-Zeitung. Bildung u. Unterhaltung. Feld u. Garten. Wandern u. Reisen.

### Beratung des Reichskabinetts.

□ Berlin, 25. Juli.

(Von unserem Berliner Büro.)

Das Reichskabinett ist heute um 11 Uhr zusammengetreten, um zu der durch die bayerische Verordnung geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Soweit wir unterrichtet zu sein glauben, ist man in den Kreisen der Reichsregierung nach wie vor einflusslos, kaltes Blut zu beherrschen, um sich nicht zu vorschnellen Entscheidungen oder Handlungen hinziehen zu lassen. In eine Einberufung des Reichstages, von der heute früh in der „Vossischen Zig.“ die Rede war, wird erfreulicherweise nicht gedacht. Die „V. Z.“ meint, daß nunmehr das Reichsgericht angerufen werden würde.

Zunächst will man im Kabinett, wie wir weiter erfahren, der rechtlichen Seite der bayerischen Verordnung näherzutreten. Der Reichsjustizminister, der gestern abwesend war, ist heute erschienen, um sein Gutachten abzugeben, jedoch über die rechtliche Seite der Angelegenheit noch im Lauf des heutigen Tages Klärung erzielt werden wird. Man gibt zu, daß die unbedeutliche Fassung des § 48 zu allerhand bedenklichen Schlüssen Anlaß geben könnte, aber dem ganzen Sinn des Artikels nach bestehen keine Zweifel, daß es sich bei dem Vorgehen um Sabotage der Verfassung handelt.

Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob der Reichsernährungsminister Fehr, der ja bekanntlich zur bayerischen Volkspartei gehört, unter den gegenwärtigen Umständen noch für das Kabinett tragbar sei. Das Kabinett hat sich mit dieser Frage nicht befaßt, weil innerhalb des Kabinetts die Anschauung besteht, daß es nicht angeht, einen Minister lediglich wegen seiner Zugehörigkeit zu einer Partei zu entfernen und daß es dem Reichstanzler vorbehalten bleiben müsse, darüber zu entscheiden, ob er einem Mitglied des Kabinetts sein Vertrauen schenken wolle oder nicht.

Ueber die Folgerungen, die aus dem juristischen Gutachten gezogen werden müssen, ist man sich bisher noch nicht schlüssig geworden. Es wird darauf hingewiesen, daß ja sowohl dem Reichspräsidenten wie auch dem Reichstag auf Grund des § 48 das Einspruchsrecht zusteht.

### Mahnung zur Besonnenheit.

□ Berlin, 25. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Ueber die bayerische Krise schreibt die nationalliberale Korrespondenz die folgenden nachdenklichen Sätze:

Wenn Bayern der Ausführungsgewalt des Reiches seine Tore schließt, wenn es das Reichskriminalgesetz zurückweist, so könnte ein solches Verfahren, soweit es Nachahmung findet, zu den bedenklichsten Folgen führen; denn es wäre denkbar, daß nach dem bayerischen Beispiel dann vielleicht auch Thüringen oder Sachsen auf den Gedanken kommen, Volksgerichte mit der Aburteilung zu betrauen und die Reichsgesetze auszuschalten. Zu welchen Folgen das in den Ländern mit sozialistischer Mehrheit führen müßte, vermag sich jeder selbst zu sagen. Deshalb ist die Bahn, die Bayern beschritten hat, rein sachlich gesehen von schwer übersehbaren Folgen begleitet.

Über jetzt, wo die Streikfrage mit allem Ernst aufgeworfen zu sein scheint, ist es unbedingt nötig, den Gedanken der Reichseinheit obenan zu stellen. Wir hoffen dringend, daß alle reichstreuen Bevölkerungsschichten in Bayern die Notwendigkeit nicht aus dem Auge verlieren, das Reichsgesetz unbedingt aufrecht zu erhalten. Ein bayerischer Partikularismus, der in der Zukunft des Reiches schon gefährlich genug war, würde heute für den Bestand des Reiches tödlich sein. Auch auf der Seite der Reichsregierung hoffen wir auf offenes Verständnis für die gefährliche Lage. Man wird der Reichsregierung nicht zumuten dürfen, auf die Machtbefugnisse des Reiches gegenüber einem einzelnen Land zu verzichten, aber man wird unbedingt verlangen können, daß dieser Machtbegriff nicht überspannt wird, sondern, daß in Berlin dieselbe Verständigungsbereitschaft vorhanden ist, die man in München beweisen muß. Nur, wenn dieses gegenseitige Einverständnis vorhanden ist, kann die schwere Gefahr der bayerischen Krise abgemindert werden.

### Die Begründung der bayerischen Sonderverordnung.

□ München, 25. Juli. Die bayerische Staatsregierung hat im „Staatsanzeiger“ wie bereits kurz gemeldet, ihrer Verordnung zum Schutz der Verfassung der Republik eine eingehende Begründung mitgegeben, in der u. a. erklärt wird, daß die Wirkungen des Reichskriminalgesetzes zum Schutz der Republik durch die weiteren gleichzeitig geschaffenen Gesetze noch verschärft würden, vor allem durch das Reichskriminalgesetz, das im schroffen Widerspruch mit der Volkshoheit der Länder eine eigene Polizeigerichtsbarkeit schafft. Die bayerische Bevölkerung sei über diese gesetzgebenden Maßnahmen außerordentlich erregt, so daß deren vorbehaltloser Vollzug alsbald zu erheblichen Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ruhe im rechtsrheinischen Bayern hätte führen müssen und den Fortbestand der verfassungsmäßigen Zustände gefährdet hätte. Die Verhältnisse in der Pfalz lämen nicht in diesem Maße in Frage, da diese Provinz unter den schwersten Bedrückungen fremder Besatzung stehe. Für die bayerische Regierung habe es sich nur darum handeln können, die für die bayerischen Verhältnisse unannehmbaren Vorschriften des Schutzgesetzes für die Republik auszuschalten, wobei verfassungsgemäß zu verfahren sei.

Es wird weiter darauf hingewiesen, daß das Reichskriminalgesetz noch nicht wirksam ist. Daß es also vorerst keiner besonderen Maßnahme der bayerischen Regierung zur Aufrechterhaltung ihrer Volkshoheit in dieser Richtung bedürfe. Jedoch müsse schon heute erklärt werden, daß etwaige Eingriffe in die bayerische Volkshoheit nicht gebuldet werden könnten. Zum Schluß erklärt die Staatsregierung, daß sie den größten Wert bei jedem Schritt auf das Bekenntnis ihres unerschütterlichen Festhaltens am Reiche legt. Sie weist es ferner mit allem Ernst weit von sich, daß ihr Vorgehen irgendwie mit Verletzungen in Verbindung gebracht werde, die als eine klandestine Verfassungsmäßig festgestellten republikanischen Staatsform oder als die Herbeiführung der Reichseinheit irgend einer Bevölkerungsklasse abgesehen. Die bayerische Bevölkerung verbürge die Aufrichtigkeit dieser Versicherung und erwartet, daß bei der Beurteilung ihres Schrittes nicht nur die Pflichten Bayerns gegen das Reich, sondern auch die Pflichten des Reiches gegen Bayern in Betracht gezogen werden.

ten Bayerns gegen das Reich, sondern auch die Pflichten des Reiches gegen Bayern in Betracht gezogen werden.

Ein weiterer Kommentar untersucht die Reichsgrundlagen der bayerischen Verordnung und schließt ebenfalls mit der Feststellung, daß die Verordnung in ernster Sorge für Reich und Bayern den Vollzug für die gegen die Republik begangenen Verletzungen dem Lande vorbehalte. Sie bediene sich dabei eines durch die Reichsverfassung selbst eröffneten Weges. Es sei dringend zu wünschen, daß die besonderen Staats- und Sicherheitspolizeilichen Gründe für das Vorgehen der bayerischen Regierung in Berlin eine ruhige und entsprechende Würdigung finden.

### Vor einer Erklärung des Ministerpräsidenten.

□ München, 25. Juli. Zu der gestern vom Gesamtministerium erlassenen Verordnung zum Schutz der Verfassung der Republik wird der Ministerpräsident heute nachmittag im Landtag eine Erklärung abgeben. Das Handelsministerium wird in Zukunft dem Ministerium des Auswärtigen angegliedert.

In politischen Kreisen wird angenommen, daß die sozialistischen Parteien ein Ministerienkollaps gegen die bayerische Regierung einbringen werden.

### Die Pfalz und die bayerischen Sonderverordnungen.

□ Ludwigshafen, 25. Juli. Von den pfälzischen Blättern liegen bis jetzt nur die „Neue Pfälzische Landeszeitung“ und die „Pfälzische Post“ vor, jedoch sind noch kein Gesamtbild darüber gewonnen, wie die Sonderverordnung der bayerischen Regierung in der Pfalz beurteilt wird und welche Wirkung sie allenfalls auf die von den Sozialdemokraten angekündigte Auflösung der Pfalzfrage hat. Es scheint, daß die pfälzischen Linksparteien zunächst die Stellungnahme der Reichsregierung abwarten wollen.

So schreibt die mehrheitssozialistische Pfälzische Post: Nachdem die Verordnung der bayerischen Regierung nunmehr erschienen ist, wird die Reichsregierung zu prüfen haben, inwieweit die Verordnung mit dem Reichsrecht in Widerspruch steht. Reichsrecht bricht Landesrecht. Ist der Widerspruch festgelegt, dann ist es Aufgabe des Reiches, dem Reichsrecht mit aller Energie und mit allen Mitteln auch in Bayern Geltung zu verschaffen. Wie erblichen Republikaner und Demokraten stehen in diesem Kampfe auf der Seite des Reiches und nicht zuletzt die Republikaner und die Demokraten der Pfalz; obwohl die Verordnung des bayerischen Ministeriums nur für das rechtsrheinische Bayern Geltung haben soll. Diese wohlverständliche und sehr durchsichtige Ausnahmegestaltung der Pfalz wird ganz besonders die pfälzischen Sozialdemokraten nicht abhalten, im Kampfe gegen die bayerische Reaktion Schulter an Schulter mit ihren rechtsrheinischen Genossen zu stehen. Für die Einheit des Reiches und Unverletztheit der Republik!

Das Organ des Pfälzischen Zentrums, die Neue Pfälzische Landeszeitung, beschränkt sich heute darauf, die Tatsachen, die vorliegen und die wichtigsten Prothesen zu bringen. Unsere eigene Stellungnahme befehlen wir uns vor, so schreibt das Blatt. Wir möchten aber heute schon den dringenden Wunsch aussprechen, daß sowohl in München als auch in Berlin alles getan wird, um zu verhindern, daß dieser Konflikt auf die Spitze getrieben wird. Was die Pfalz angeht, so hat man für diese die bayerische Sonderverordnung ausdrücklich nicht in Wirksamkeit treten lassen; für die Pfalz gelten also nach wie vor die Reichsgesetze. Wir sind mit dieser Regelung durchaus einverstanden, weil sie den Wünschen eines großen Teiles der pfälzischen Bevölkerung entspricht. Wir in der Pfalz können keinen Konflikt zwischen Bayern und dem Reich brauchen.

### Die Pfalzfrage.

□ Neustadt, 25. Juli. Mit der von der Sozialdemokratie aufgestellten Pfalzfrage beschäftigt sich die Pfälzische Bürgerzeitung in einem sehr bemerkenswerten Artikel, der zunächst die Erinnerung an das Jahr 1919 ins Gedächtnis zurückruft, wo die Pfalzfrage von einer Anzahl Dunkelkammer aufgelistet worden war in der Absicht, die Pfalz aus dem Verbände nicht nur Bayerns, sondern auch des Reiches zu lösen und in eine „freie Republik“ zu verwandeln. Damals erkannte die pfälzische Arbeiterchaft und ihre Führer mit sicherem Blick und feinem Instinkt, wie diese Republik letzten Endes ausgehen und daß es sich um nichts anderes als um eine weitere Schwächung, Zerstückelung und Verelendung des Reiches gehandelt hätte, worunter gerade die Arbeiterchaft am schwersten hätte leiden müssen. Das hat die Geschichte der letzten drei Jahre genügend bewiesen; man braucht ja den Blick nicht allzweit über die pfälzische Grenze zu schweifen zu lassen. So war es eine selbstverständliche Sache, daß sich damals das pfälzische Volk, vorab die pfälzische Arbeiterchaft, in ersterlicher Einmütigkeit erhob, den Kampf annahm und ihn siegreich durchführte. Es liegt uns fern, heißt es in dem Artikel, zu behaupten, daß die damaligen Verteidiger deutscher Ehre sie heute in den Schmutz ziehen, daß sie den geschichtlichen Ruhm, mit dem sie sich bedeckt haben, nun in Schmutz und Schande versinken lassen wollen. Nein, wir würden sie an ihrer Ehre kränken, wenn wir an ihrer damaligen redlichen Gesinnung zweifeln. Aber es muß gesagt werden, daß es ein gefährliches Spiel mit dem Feuer ist, wenn jetzt die Pfalzfrage aufgerollt wird. Die Situation hat sich nicht im geringsten geändert, sie ist noch dieselbe wie 1919. . . . Heute will man die Pfalzfrage aufröhlen wegen allerdings erster Gegenüberstellungen zur bayerischen Regierung, die doch unmöglich so stark sein können, als sie 1919 zwischen der Regierung Hoffmann und ihren Widersachern war, wenn man annimmt, und das zu tun ist unter ehrlichen Männern Pflicht, daß es dem Ministerpräsidenten Berchthold ernst ist mit seiner Politik, die sich auf die Formel bringen läßt: Für das Reich, für Bayern im Reich, für wahre Demokratie und Freiheit.

Wie sich nun die Sozialdemokratie die weitere Durchführung der Auflösung der Pfalzfrage denkt, das läßt sich nicht übersehen. Wie es auch gemeint sein mag, in allen Fällen liegt darin eine ungeheure Gefahr, nicht allein für die Pfalz, sondern für das ganze besetzte Gebiet. Ob die Sozialdemokratie bis zum erhofften guten Ende Herin der Situation bleibt, das ist die erste Frage. Man wird verstehen. Es handelt sich in der Tat wieder um das Schicksal des besetzten Gebietes und damit um die Einheit und den Bestand des Reiches. Man wird auch das verstehen, wenn man den Gedanken ganz auswendig und aus der jüngsten Vergangenheit etwas gelernt hat. Freilich ist eine höhere Einsicht nötig, aber von allen Seiten; denn es geht um Höheres als um parteipolitische Rechthaber.

### Baden und Bayern in einem kommenden Reichskonflikt.

Die Lage in Bayern spielt sich immer mehr zu. Käme der Konflikt wirklich zustande, so wäre die Schuld daran auf das Nachdrücklichste der Berliner Regierung zuzuschreiben, die es nicht verstanden hat, die allbekannte schon unter dem alten Regime während des Krieges oft kritisierte stark extreme Haltung Bayerns zu mäßigen, um einen Bruch zu verhindern. Man hat unter der alten Regierung genug und sehr schwierig zu laivieren gehabt, um Komplikationen zu vermeiden, die oft drohten. Die neue Regierung scheint die Sache zu leicht genommen zu haben. Sie hat eben vergessen, daß Bayern keine Provinz sondern ein Bundesstaat ist, der von jeher darauf bedacht war auf das angestrebte, diesen bundesstaatlichen Standpunkt und damit seine eigene Unabhängigkeit zu wahren. Würde es nun wirklich zu einem Bruch kommen, so hätte Baden in erster Linie darunter zu leiden. Ob dann nämlich noch die Zurückhaltung, die sich Frankreich bisher Baden gegenüber auferlegte, aufrecht erhalten bleibt, ist eine andere Frage. Man hofft insbesondere in Frankreich immer noch, einmal auch Baden an sich bringen zu können. Anders ist die vorsichtige Behandlung, die man diesem Grenzteil des deutschen Reiches zuteil werden läßt, gar nicht zu erklären.

Baden selbst war bisher in seiner Haltung Preußen gegenüber zum mindesten noch loyal, wenn auch die und da sich schon der Unmut gerade in der letzten Zeit über die allzu durchgreifende Zentralisierung und Zentralisierung Luft gemacht hat. In Württemberg ist die preußengegnerische Haltung viel schärfer ausgeprägt, obwohl man sich dort in den betreffenden Kreisen nach Möglichkeit reserviert verhält. Die bayerische Stimmung hat hier schon ziemlich Boden gewonnen. Eine Vermittlerrolle in einem ausbrechenden Konflikt kann daher voraussichtlich von Württemberg kaum übernommen werden. Anders ist dies bei Baden. Baden, das sich bisher mit Bayern ungerne in die kleinen Zwischenfälle hat und da, ganz gut verstanden hat, was innerpolitische Bestrebungen anbelangt, wird in erster Linie dazu berufen sein, vermittelnd einzugreifen.

Baden hat ein zu großes Interesse daran, daß ein Konflikt zwischen Nord und Süd nicht zustande kommt. Eine Mainlinie als Grenzlinie im deutschen Vaterlande wäre heute so ziemlich das Ende des Deutschen Staates an sich. Für die einzelnen Bundesstaaten bestünde wohl die Möglichkeit, weiter zu vegetieren. Aber gerade das, was ihnen ein einiges deutsches Reich gewährt hätte, nämlich eine freie und gute Entwicklung, wird dann wohl nicht mehr möglich sein. Es ist ja dies auch das Ziel der Franzosen, die Föderalisationsbestrebungen Süddeutschlands zu kultivieren und aus den Köpfen einiger Wirgeister in die große Masse des breiten Volkes hinauszutragen, um hier geeigneten Boden zu schaffen, für ihre gilligen Sozialkörner, die in letzter Linie immer nur eine Unterjochung Deutschlands reißen lassen sollen.

Käme nun tatsächlich ein Konflikt zwischen Nord und Süd zustande, dann hinge Baden vollkommen in der Luft. Bayern würde ihm mit dem ihm selbst lokal gegenüberstehenden Württemberg im Vereine ein Bündnis antragen. Was dann aber daraus sich für Baden ergäbe, erhellt schon die Nahrungsfrage. Baden ist viel zu dicht bevölkert, um sich selbst ernähren zu können. Von Obst allein kann der Mensch aber auch nicht leben. Riefige Kartoffel- und Getreidekulturen wie Preußen und Bayern haben wir in der südlichen Ecke des Reiches nicht. Ein Zusammengehen mit den süddeutschen Staaten würde aber gerade Baden dieser Nahrungsmittelquellen berauben. Württemberg kann sich wohlvermutlich kaum selbst und Bayern nur sehr knapp ernähren. Eine Hilfe von Württemberg also kaum zu erwarten. Ein Zusammengehen mit Preußen in einem Konfliktfalle ist durch die geographische Lage Badens aber auch eine tragliche Sache. Ein Keil ist an der Mainlinie leicht dazwischen geschoben, der Boden doch von der Hauptnahrungsmittelzufuhr abschneiden würde. Für die anderen Südstaaten wäre es dann ein leichtes, Baden an die Wand zu drücken, damit würde aber der endgültige Zerfall des Reiches auch nach außen hin gewährleistet sein.

Innerpolitisch ist die Lage in einem solchen Falle für Baden vollkommen hoffnungslos. Die außenpolitischen Folgen sind aber noch von weit schlimmerer Art. Im Auslande würde der Fall einer Abtrennung Süddeutschlands von Norddeutschland ein augenblickliches Verschließen aller zur Hilfe bereiten Herovorträfen. Deutschland ist nur geeint kreditfähig, da es auch nur geeint Garantien genug bietet, die gestellten Bedingungen und Forderungen, die eine Kreditaktion mit sich bringt, zu erfüllen. Zerplittert ist das Deutsche Reich das was es vor 70 war, ein wirrer Haufen dezentralisierter Richtungen. Jedes Land und Ländchen schaltete und walzte nach seinem Belieben, ohne auf einen grünen Zweig und aus den Schulden herauszukommen. Eine Gleichrichtung der Ziele und Bestrebungen im deutschen Reichsgedanken hat damals die wunderbaren Erfolge gezeitigt. Deutschland war mit einem Schloße nach außen hin etwas und galt etwas. Man mußte mit diesem Faktor rechnen. Preußen hatte daraus ja allerdings auch Vorteile gezogen, aber lange nicht in dem Umfange wie die kleineren Staaten. Preußen konnte und kann sich nach wie vor selbst ernähren. Norddeutschland würde also an sich durch eine Abtrennung vorerst nur von Bayern nicht einmal so durchgreifend berührt werden, während Baden unendlich stark in Mitleidenschaft gezogen würde.

Baden allein stellt nach außen hin nämlich keine beachtenswerte Macht vor. Es wird im Gegenteil sich der Liebe und Interesse der fremden Staaten zu erfreuen haben, welche Freude recht zweifelhafter Natur ist. Sie wäre nämlich ähnlich wie bei Wolf und Schaf, also nur einseitig. Baden war schon immer ein Objekt in der Geschichte, um das man sich zerte und stritt, da es ja dem Lande, dem es angehört, insofern seiner Bodenfläche ansehnliche Vorteile bringt. Das Baden autonom erklärt sich halten können wird, glaubt selbst ein starker Lokalpatriot nicht. Was ist Baden überhaupt in der Geschichte gewesen. Die Gründungsformel des Großherzogtums besagt alles: „Grandduché par la grace de Napoleon“. Die Baune eines großen Rannes! Ein Territorialgefüge, das auf glückliche Zusammenfügung keinen Anspruch machen darf. Vangegehrdet kann es von fremden Mächten nach Belieben eingeschmürt werden. Die Aussichten einer Autonomie wären also die denkbar ungünstigsten.



Die baltische Frage in einem Reichskonflikt läßt sich nur eine Lösung, die unter allen Umständen anzustreben ist und die heißt: Vermittlung. Bei einigermassen geschickter Politik und kluger Diplomatie, die in diesem Falle ja die Hauptsache ist, kann hierbei ein großer Erfolg erzielt werden. Mit dem Starrkopfe Bayers muß eben gerechnet werden. Die Reichsregierung vertritt sich ja zum Teil aus Bodenern, die sogar den Reichspräsidenten gestellt haben. Es müßte daher umso leichter sein, diese diffizile Angelegenheit in beiderseitiger Zufriedenheit abzumachen. Auch Bayern wird sich gegebenenfalls zu Konzessionen geneigt finden, um eine gewaltfreie Lösung des Konfliktes zu verhindern. Ob Bayern jedenfalls zu seinem Widerstand berechtigt ist oder nicht, mag dahingestellt bleiben.

**Stellungnahme der Bayerischen Volkspartei.**

München, 25. Juli. Die offizielle Parteikorrespondenz der Bayerischen Volkspartei nimmt Stellung zu der Unterordnung der bayerischen Regierung. Sie schreibt, daß die bayerische Regierung ihre Sonderstellung auf die Bestimmungen der Reichsverfassung selbst stützt, die dem Reichslandrecht der Länder Rechnung trägt und bei Gefahr im Verzuge die Landesregierungen zu jeder beliebigen Maßnahme ermächtigt, die in einer stark gefährdeten Situation als dringender erscheint. Das Recht Bayerns, selbst die Ordnung im Innern aufrechtzuerhalten, könne nicht bezweifelt werden. Zweifellos sei, daß mit den neuen Beschlüssen in den Eigenbereich der Staaten unrechtmäßig eingegriffen würde. Mögen auch die Parteien im Reichstag die Volkswirtschaftsparagraphen gefordert haben, die Gewalten in Bayern stellen sich jedoch gegen die Bürger und würden sich in Ausübung ihrer Pflicht weder durch Beschuldigungen und noch durch Unentschlossenheit schwächlicher Mismacher irremachen lassen.

**Vor der Londoner Konferenz.**

Paris, 25. Juli. Zu der bevorstehenden Konferenz über die Reparationsfrage schreibt der „Reit Parisien“: Es ist notwendig, daß diese Konferenz zu einem Ergebnis gelangt. Das muß sein, denn außer der von dem Bankierauschuss vorgeschlagenen Lösung, sieht man keine andere Lösung des Reparationsproblems, als die ungenügende Lösung zu militärischen und wirtschaftlichen Sanktionen. Man muß an Interesse aller geschädigten Gebiete und unseres im Defizit befindlichen Budgets, sowie auch im Interesse des Budgets der verarmtesten Gebiete unserer belgischen Freunde Milliarden finden, die eine auf dem internationalen Geldmarkt aufgesetzte deutsche Anleihe einbringen wird. Das ist notwendig im Interesse der europäischen Ordnung. Denn ein deutscher Bankrott würde einen Weltwirtschaftskrisis herbeiführen, die nicht nur Europa zu großen Aufständen, dem es vorwirft, daß es sich nicht verständigen kann. Endlich ist es notwendig im Interesse der französisch-britischen Freundschaft, ohne die Europa nicht gerettet werden kann.

Der Rhein schreibt: Die Konferenz muß entscheiden sein. Frankreich kann nicht mehr mit halben Maßnahmen sich begnügen. Frankreich hat sein Programm, das auf den Ruin und die Verfallung Deutschlands abzielt, aber es hat die Absicht, Alternativen zu stellen, die keinen Raum zu Zweideutigkeiten lassen und es ist gewiß, daß es in der Absicht Boincares liegt, von London mit den Voraussetzungen zurückzukehren, die die öffentliche Meinung in Frankreich verlangt, oder nachdem er seine volle Handlungsfreiheit erlangt hat.

Paris, 25. Juli. Das „Reit Journal“ bespricht die Frage, ob die baltische und italienische Regierung zu den Bedingungen in London einigestimmt werden sollen. Es erscheint dem „Reit Journal“ sehr wahrscheinlich, daß man auf die Lösung der italienischen Krise wegen der Vorgänge, daß man, um die internationalen Beziehungen zu offen, zunächst zu einer Verständigung zwischen Lloyd George und Boincare gelangen müsse. Es wäre gut, wenn man bei dieser Methode bleiben würde. Italien wäre ja, wenn der Augenblick gekommen wäre, durch den Botschafter in London vertreten sein. Wenn aber die englische Regierung im Gegensatz hierzu auf der Hinzuziehung Italiens und Belgien beharren würde, um die Diskussion aufzuschieben, dann würde dies ein ziemlich unangenehmes Zeichen. Man könne daraus schließen, daß Lloyd George nicht an eine Einigung zwischen zwei glaubt und es könne den Anschein erwecken, als glaube Lloyd George, daß eine Einigung zu deren leichter herbeigeführt werden könnte. Man könne jedoch nicht annehmen, daß es in der Absicht des englischen Premierministers liegt, Frankreich in die Minderheit zu versetzen, um es gewissermaßen zu zwingen. Wenn London einen Schritt vorwärts tut, macht Paris einen Schritt zurück, und wenn Paris sich entschließt, vorwärts zu gehen, dann ist es London, das den Schritt zurückmacht.

**Die blaue Flamme.**

Roman von Heinz Welten.

Copyright 1921 by Verlag von Rich. Bong, Berlin.

(Fortsetzung.)

Er nimmt ihr den Schlüssel aus der Hand und verschließt das Haus.  
„Oben erzähle ich Ihnen alles, das heißt, wenn Sie ein Glas Tee für mich übrig haben.“  
„Sie sind übermüht. Tee? Nein, Sekt müssen wir heute trinken, viel Sekt.“

Sie hat die Flurbeleuchtung angebracht und eilt die Treppe hinauf. Er folgt langsam, ein wenig schwerfällig, wie ein Aktionär, der lange im Bett geliegen hat und den Gebrauch seiner Glieder erst wiederfinden muß. Seine Schritte sind zur ebenen Treppe gelagert. Es ist lange her, daß er Treppen stieg.

Als er im Balkonzimmer am Kamin ihr gegenübersteht, betrachtet beide einander eine geraume Weile, ohne ein Wort zu sprechen. Mit unerbittlichem Vergnügen schaut er auf die junge, in den Korbfesseln hingeworfene Gestalt. Wie schön und jung sie aussieht! So lange hat er sie nicht gesehen, acht Monate lang. Denn die Besuche im Gefängnis zählen ihm nicht. Das kahle, kalte, stets im Dämmerlicht liegende Sprachsinn ist kein Rahmen, in dem die Schönheit einer jungen Frau zur Geltung kommen kann. Er hat sie gehört, er hat ihre Rede gehört, aber gesehen hat er sie nicht. Jetzt erst sieht er sie wieder.

Sie ist noch immer die schlanke, schöne Agnes Rogowski, die dreißigjährige Jahre alt sein mag und ausschaut wie eine Eledröckchen. Ihr zartes Madonnen Gesicht umrahmt das glänzende, schwarzhaarige Haar, das sie der Mode zum Trotz in der Mitte gefesselt trägt zum Nachteil ihrer kleinen, rosigen Ohren, die dadurch völlig bedeckt werden, und die das Schöne an ihr sind. Aber sind ihre Augen schöner, ihre schwarzen Sammetaugen hinter den langen, silberweißen, ein wenig nach oben gebogenen Wimpern? Oder die Hände, die ausdrucksvoll, schmalen, weichen Mädchenhände, die jetzt nach der silbernen Teekanne greifen, um sie aus dem noch immer kimmenden, brummenenden Samowar frisch zu füllen?  
„Aha! Es ist also doch beim Tee geblieben. Und ich hatte mich schon so auf den Sekt gefreut.“

Dr. Salomon strickt sich behaglich im Korbessel, den Agnes dicht neben dem Kamin gerückt hat. Das Holz lodert hell auf, die gelben und roten Flammen umspielen es und zeigen es proffend auseinander. Agnes lacht.  
„Admieren und — Tes trinken. Erst lassen Sie schauen. Sie sehen noch ganz verlorener aus.“

**Sitzung des englischen Kabinetts.**

Paris, 25. Juli. Das englische Kabinett ist gestern mittag zu einer Sitzung zusammengetreten. Gut unterrichtete Kreise wollen erfahren haben, daß das Kabinett den durch den französischen Botschafter übermittelten Vorschlag Poincares geprüft habe. Man beobachtet in der Besprechung der Haltung, die die englische Regierung annehmen wird, äußerste Zurückhaltung, glaubt jedoch zu wissen, daß diese den Vorschlag des französischen Premierministers, die Konferenz zwischen den beiden Ministerpräsidenten auf den 1. August festzusetzen, annehmen werde.

„Deure“ glaubt wie das „Reit Journal“, daß man aus der gestrigen englischen Kabinettsitzung schließen kann, daß gewisse Hindernisse bestehen, weil Boincare ein beschränktes Programm für die Verhandlungen verlangt habe. Lloyd George habe deshalb seine Kabinettskollegen zu Rate gezogen, um zu wissen, ob er von Boincare die gestellten Bedingungen annehmen müsse. Die These, die Boincare vorgeschlagen habe, sei, soweit man erfahren habe, die, daß die französische Regierung nicht sofort die Befreiung Deutschlands feststellen wolle, daß Frankreich sogar zu einem kurzen Rotoratorium für Deutschland seine Einwilligung geben würde.

**Die Mandate für Syrien und Palästina.**

London, 25. Juli. Der Völkerbundrat hat gestern seine heutige Sitzung geschlossen. In der Nachmittags Sitzung teilte der Präsident mit, daß die Bedingungen der Mandate für Syrien und Palästina genehmigt worden sind und daß beide Mandate automatisch in Kraft treten werden, sobald die Regierung von Frankreich und Italien ihm mitgeteilt hätten, daß sie bezüglich gewisser Punkte über das Mandat in Syrien einig seien. Die Regelung der Frage der heiligen Stätten in Palästina ist einer Kommission übertragen worden, deren Zusammensetzung und Funktion vom Völkerbundrat genehmigt werden müssen. Bionani sagte in seinem Schlußwort, daß bei den nicht öffentlichen Sitzungen des Völkerbundesrates keineswegs von einer Geheimdiplomatie die Rede sein könne. Derartige nichtöffentliche Sitzungen hätten sich als sehr geeignet beim Ausgleich von Meinungsverschiedenheiten erwiesen. Bionani sprach die Hoffnung aus, daß die verschiedenen religiösen Gemeinschaften und Rassen in Palästina in Eintracht miteinander leben würden. Der arabischen Bevölkerung würde ihre Freiheit in einem Maße erhalten bleiben, wie sie unter türkischer Herrschaft nicht denkbar gewesen sei.

**Deutsches Reich.**

**Die Getreidemlage.**

Berlin, 25. Juli. Von zuverlässiger Seite erfahren wir: Ueber die Festsetzung der Getreidemlage werden am Montag unter Mitwirkung der Staatssekretäre für die besetzten rheinischen Gebiete im preussischen Landwirtschaftsministerium und im Reichs-ernährungsministerium als Staatskommission für die Volksernährung das von der Rheinprovinz auszubringende Umlagegeld auf 20 000 Zentner festgesetzt. Die letzte Herabsetzung des Umlagegeldes, das jetzt nur noch die Hälfte des zuerst in Aussicht genommenen beträgt, erfolgte wesentlich mit Rücksicht auf die Mißernte in den verschiedensten Bezirken des Rheinlandes. Bekanntlich bleiben landwirtschaftliche Betriebe bis zu 8 Morgen, das sind zwei Hektar, von der Umlage überhaupt befreit.

**Der württembergische Finanzminister a. D. Lisching †.**

Stuttgart, 25. Juli. Der württemberg. Finanzminister a. D. Lisching ist nach längerem Krankenlager heute früh gestorben.

Lisching war am 14. Oktober 1863 in Stuttgart geboren und seit 1891 Rechtsanwalt in Tübingen. Seit 1901 war er Landtagsabgeordneter, von 1910—1918 Reichstagsabgeordneter der Demokratischen Partei. Er war der erste Ministerpräsident der ersten parlamentarischen Regierung in Württemberg, bei der Revolution wurde er Finanzminister und bekleidete dieses Amt drei Jahre lang.

**Landarbeiterstreik.**

Dresden, 25. Juli. In dem Freistaat Anhalt streiten seit gestern die Landarbeiter auf allen Gütern. Die Rotationsarbeiten werden verrichtet. Da auch nur bei einer kurzen Dauer des Streiks wegen des Regenwetters die Feldfrüchte dem Verderben preisgegeben würden, rechnet man mit dem Einsetzen der Technischen Rothhilfe.

**Der Emil Ludwig-Prozess.**

Berlin, 25. Juli. (Von unv. Berl. Büro.) Vor der Ferienkammer des hiesigen Landgerichts wurde heute der Prozess des Kaisers gegen Emil Ludwig wegen des Bismarckdramas „Die Entlassung“ verhandelt. Der Kaiser klagte auf Erlaß einer Verfügung, durch die die Aufführung des Dramas verboten werden sollte. Zugleich mit dem Kaiser klagte auch die Witwe des Staats-

ministers Böttcher. Der Vorsitzende schlug in der heutigen Verhandlung einen Vergleich vor, wonach der Angeklagte bis zur endgültigen Entscheidung von der Aufführung und Veröffentlichung des Stückes absehen soll. Dr. Ludwig erklärte sich bereit, bis zur Hauptverhandlung das Drama nicht aufführen zu lassen, er wolle jedoch nicht auf das sofortige Erscheinen des Dramas in Buchform verzichten. Dadurch scheiterte der Vergleich und es wurde in die Hauptverhandlung eingetreten. Zunächst wurde die Verteilung des Stückes beantragt, die wie immer in solchen Fällen lange Zeit in Anspruch nahm.

**Badischer Landtag.**

L. U. Karlsruhe, 25. Juli.

(Eigener Drahtbericht.)

Im Landtag macht sich die Ferienstimmung bereits bemerkbar. Die Zahl der anwesenden Abgeordneten ist oft recht gering. Einmal waren nur 11 Abgeordnete einschließlich Präsidium, Berichtserstatter und Minister anwesend. Präsident Wittmann machte auch mehrmals um größere Aufmerksamkeit bitten.

Das Haus erledigte in zweiter Lesung den Gesetzentwurf über Änderungen im Grundbuch- und im Notariatswesen, worauf Abg. Schneider-Heidelberg (Ztr.) namens des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung über die Forderung des badischen Kostengesetzes berichtete. Der Gesetzentwurf trägt dem gesunkenen Geldwert Rechnung; er wurde einstimmig angenommen.

Es folgte dann der Bericht des Geschäftsausschusses über die von der Regierung geforderte Ratifizierung über die Erledigung der vom Landtag 1920/21 niedergelegten Wünsche und Anträge. Ein Widerspruch wurde nicht erhoben. Gleichfalls ohne Widerspruch fand der Ratifizierung des Ausschusses für Gesetze und Beschlüsse über Erledigung der von der Regierung vom Landtag 1920/21 übermittelten Besuche seine Erledigung. Einstimmig angenommen wird dann ein Antrag des Hausalters über die Reichsbauminister und die Übertragung der Geschäfte derselben auf die badischen Bezirksbauämter.

Auch der Antrag Flegelmier-Oberkirch (Zentr.) über Änderungen des Bürgerrechtsgesetzes, der bestimmt, daß Bürgerwitwen, die vorübergehend außerhalb ihres Ortes in Dienst treten, oder den selben mangels genügenden Unterkommens verlassen müssen, nicht des Bürgerrechts verlustig gehen, wird auf Bericht des Abg. Schmidt-Breiten (D.R.) einstimmig angenommen.

Die Sitzung wird um 1 Uhr geschlossen. Nächste Sitzung nachmittags 5 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung.

**Denkschrift der badischen Forstverwaltung über die Holzversorgung.**

Karlsruhe, 24. Juli. Dem Landtag ist soeben eine Denkschrift des badischen Finanzministeriums über die Preisbildung auf dem badischen Rohholzmarkt zugegangen. In der Denkschrift werden eingehend Fragen der allgemeinen Preisbildung, des Einflusses der Staatsverwaltung auf die Preisbildung, inbegriffen auf die Holzversorgung, das Verkaufsverfahren und die Brennholzversorgung besprochen. Am Schluß der Denkschrift heißt es: Die Brennholzpreise in den Staatswaldungen sind als angemessen zu bezeichnen. Inwiefern die Nichtstaatswaldbesitzer die staatlichen Zuschläge übernehmen wollen, liegt nach Aufhebung der Höchstpreise in ihrem Belieben. Gegen übermäßige Forderungen wird aufgrund der Vereinbarung über die Bekämpfung der Preistreiber vom 5. Mai 1918 eingeschritten. Die fortwährende Geldentwertung und die Preissteigerung der Kohle dürfen bei der Preisbildung des Brennholzes nicht unberücksichtigt bleiben, weil bei zu niedrigem Brennholzpreis die Brennholzerzeugung in den Nichtstaatswaldungen zurückgeht und die Bevölkerung, wie die Erfahrung lehrt, den Kohlenbezug ablehnt.

Durch das in den badischen Waldungen anfallende Brennholz kann der Kohlenmangel für den Hausbrand nicht annähernd ausgeglichen werden. Selbst die Durchführung der Rohholzversorgung bereitet in den besonders gefährdeten Bezirken beträchtliche Schwierigkeiten. Die durch den Mangel an Kohlen hervorgerufene und durch die anhaltende Kälte des vergangenen Winters verschärfte Brennholzmangel kann infolgedessen nur durch eine Verstärkung der Kohlenzufuhr, durch sorgfältige Rationalisierung der Kohle unter Berücksichtigung des dringenden Bedarfs des Hausbrandes und der lebenswichtigsten Betriebe einigermaßen befriedigt behoben werden.

**Letzte Meldungen.**

**Ein amerikanischer Völkerbund.**

London, 24. Juli. Der New Yorker Korrespondent der „Westminster Gazette“ meldet, der Außenminister von Uruguay habe in einer Rede gesagt, Uruguay werde bei der nächsten panamerikanischen Konferenz, die im Mai 1923 in Santiago de Chile abgehalten werde, die Bildung eines amerikanischen Völkerbundes beantragen.

worden; aber nachdem ich acht Monate in meiner hochherrschlichen, mit allem Komfort der Neuzeit ausgestatteten Zelle verbracht habe, hat man mich beurlaubt mit der tröstlichen Aussicht, daß man mir den Rest ganz erlassen wird, wenn ich mich auch weiterhin artig aufführe. Ja, Glück mich der Mensch haben!“

Sie fährt mit den Fingern freisich über seine Rechte. Die dreit und sicher auf der Behalt des Korbessels ruht.  
„Was müssen Sie gestatten haben! Sie in einer solchen Umgebung! Und das alles für andere!“

Da wird er groß, so weit er groß werden kann.  
„Im Gottes willen, hören Sie doch auf mit diesem larmoyanten Ton, mit diesem Gebühel und Gefühel! Nur kein Mißleid! Ist das Scheußliche, was man einem Menschen geben kann. Nicht immer ein Stück Verachtung dran. Wir Juden haben ein Wort für Mißleid, das ist schlimmer als der argste Schimpf. „Middol“ heißt es. Lieber soll mir einer Hundstot, Schuft sagen oder sonst was, als das.“

Er wird erregt. „Ich weiß überhaupt nicht, wie Sie in Ihrem verdorbenen Köpchen die ganze Geschichte sich zurechtgelegt haben. Ich ist meine Pflicht, und der Staat die seine. Die Rechnung ist richtig. Oder sollte ich meine Hand dazu bieten, daß die Frau aus meiner Klinik ins Gefängnis kam und von da ins Irrenhaus, daß man sie eines Tages vom Fensterkreuz abschneiden müßte? Nein. Es ist schon richtig so, wie es gemein ist. Und der Staat hat auch recht gehabt. Sein wertvollstes Gut sind seine Bürger; von ihnen lebt er. Und wenn man ihm einen nimmt, muß man dafür bezahlen. Ich zahlte mit acht Monaten Gefängnis. Nicht einmal die Approbation haben sie mir aberkannt. Weiß Gott, es ist noch billiger genug, wenn man um diesen Preis sein Gewissen rettet.“

„Aber das Gefängnis, lieber Doktor? Die Unfreiheit, die Mißgunst, die anderen Gefangenen, die Verbrecher, mit denen Sie immer zusammen sein müßten!“

Er lacht gutmütig. „Liebste Agnes! Sie sind ein kleines Schol.“  
„Sie reißt den Kopf, zieht die Nase kraus. „Ich bin eine Frau, Herr Doktor Salomon, eine alte Frau von dreißigjährigen Jahren.“

„Er lacht noch immer. „Reinetwegen mögen Sie vierzig, fünfzig Jahre alt sein. Deshalb bleiben Sie für mich doch immer die kleine Agnes, das Mädchen, das vor drei oder vier Jahren in unheimlich berühmten Unfreiheitsstaat ankam, deckten Weges von Marbach her, weil der Mummelgros, dem man das Baby angetraut hatte, hier noch einen letzten Versuch machen wollte, den Konsoziation seiner lustigen Petersburger Leutnantsjahre ein Paroli zu bieten. Tarantula-Paroli. Wie die Worte salarantamentingen!“

„Doktor!“ Ein Schrei durchschneidet die Luft. Sie ist außer sich. Er nimmt ihre Hand und drückt sie sanft wieder in den Sessel.

(Fortsetzung folgt.)



### Wirtschaftliche Fragen.

#### Massnahmen gegen die Teuerung in Konstanz.

Im Bezirksratssaal des Amtsgebäudes in Konstanz fand U. Kauf. St. auf Anregung der Verbrauchervereinigungen und des Gewerkschaftsrates eine Versammlung zur Erörterung von Massnahmen gegen die allgemeine Teuerung statt, zu der, neben den Amtsvorständen von Konstanz, Stodach und Ueberlingen, Vertreter sämtlicher Berufsstände, insbesondere der Erzeuger, Verbraucher, des Groß- und Kleinhandels, der Landwirtschaft, der Handels- und Handwerkskammern, sowie mehrere Bürgermeister und Sachverständige erschienen waren. In der über vierstündigen lebhaften Beratung wurden die Schwere des heutigen Wirtschaftslebens und der fürchterliche Ernst unserer Ernährung, und Teuerungsverhältnisse nachdrücklich hervorgehoben. Insbesondere die Führer der Arbeiter- und Beamtenchaft schilderten die Verhältnisse in wahrheitsgetreuen, ergreifenden Bildern, so daß gar kein Zweifel über den Ernst der gegenwärtigen Lage, unter der sich alle Bevölkerungskreise zu leiden haben, mehr obwalten kann. Besonders nachdrücklich wurde betont, daß, wenn die Tagung keinen befriedigenden Abschluß finde, es den Führern nicht mehr möglich sei, die Massen davon zurückzuhalten, daß sie aus Land hinausziehen und sich mit Gewalt helfen, was ihnen zu einem noch erschwerenden Preise nicht freiwillig gegeben werde. Die Folgen wären unabsehbar und der Bürgerkrieg unvermeidlich. Die Versammlung sahte angesichts der ins Unerwartungsliege steigenden Preise und der Erbitterung der Bevölkerung, sowie der Gefahr einer Selbsthilfe einstimmig folgende Beschlüsse:

1. Um neuerliche Plünderungen und Gewalttätigkeiten zu verhindern, muß unbedingt eine alsbaldige Preisermäßigung auf allen Gebieten eintreten.
2. Sie hat zunächst bei der Landwirtschaft, als der natürlichen Grundlage jeder Preispolitik und Preisbildung, einzusetzen.
3. Als die maßgebenden Produkte kommen zunächst in Betracht: Kartoffeln, für die ein Höchstpreis beim Erzeuger für neue 250 M. und für Spätartoffeln 200 M. pro Zentner als angemessen zu bezeichnen ist, ebenso für Tafelobst 250 bis 300 M. und für Obst 150-200 M. pro Zentner, und 3 M. für ein Ei.

4. In erster Linie ist der Bezirk und der Kreis Konstanz mit den in ihm erzeugten Produkten zu beliefern; erst dann darf eine Ausfuhr nach auswärts stattfinden.

5. Sämtliche Teilnehmer der Versammlung verpflichten sich, in dem von ihnen vertretenen Kreisen mit allen Mitteln auf eine unangenehme Preisermäßigung hinzuwirken, gleichzeitig aber auch in weitgehendstem Maße Kontrollorgane einzusetzen, die jede Ueberschreitung der Preisobergrenze und den Gerichten ungenügend zur Anzeige zu bringen haben.

#### Geldbeschaffung für Wohnungsbauten.

Wie uns zuverlässig mitgeteilt wird, stehen die meisten Städte und größeren Gemeinden vor Schwierigkeiten in der Geldbeschaffung für die Wohnungsbauten. Ansehensvoll in großem Umfang sind bei der gegenwärtigen Geldknappheit nicht zu erhalten. An manchen Orten steht deshalb die Einleitung der Bauten, trotz der ungeheuerlichen Wohnungsnot, stillstandslos bevor, wenn nicht rasche Hilfe kommt. Die Hilfe kann von den Gemeinden nur vom Staat kommen. Zunächst muß der Staat den Gemeinden Vorschläge geben und dann sollte der Staat, dem einstimmigen Antrage der Städte entsprechend, die Wohnungsbauförderung sofort auf einen Stand bringen, der die Weiterführung der Bauten ermöglicht. Leider ist der Reichstag auseinander gegangen, ohne durch ein Reichsgesetz die Sache einheitlich zu regeln. Das Reichsarbeitsministerium hat wohl bestimmt, daß Land- und Gemeinden ihre Zuschüsse für die Wohnung verdoppeln müssen, ohne aber zu fragen, woher das Geld kommt. Wie wir hören, will das Arbeitsministerium dem Landtag noch in dieser Woche einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen. Die Länder sind berechtigt, die Wohnabgabe zu erhöhen, ohne Rücksicht auf die vom Reich festgesetzten Mindestsätze. Landtag und Regierung würden eine schwere Last auf sich laden, wenn sie nicht von diesem Recht Gebrauch machen würden. Allerdings haben auch die Städte und Gemeinden Zuschüsse für sich allein das Recht zum Vorgehen. Aber schon jetzt ist die Lage in den Städten so, daß die Frage für sich allein löst. Es würde schwer sein, im Vordergrund steht als in einem Bundesparlament, schwerer noch im Vordergrund steht als in einem Bundesparlament, schwerer noch im Vordergrund steht als in einem Bundesparlament, schwerer noch im Vordergrund steht als in einem Bundesparlament.

II. Karlsruhe, 24. Juli. Der Wirtschaftsverein Karlsruhe und Umgebung hielt heute eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, durch deren Tagesordnung zwei augenblicklich für das Gastwirts-gewerbe äußerst wichtige Fragen zur Beschlußfassung gelangten. Zur Bierpreis-erhöhung gab der Geschäftsführer Reichert einen kurzen und umfassenden Bericht über die in dieser Frage mit den Gewerkschaften, den Konsumvereinigungen und den Brauereien geführten Verhandlungen. Diese Verhandlungen, die ein völliges Scheitern auf seiten der Verbraucher für die schwierige Lage des Wirtsgewerbes zeigten, geben — und das ist bei den Verhandlungen mit den Brauereien von äußerster Wichtigkeit — die Gewißheit, daß die Einigkeit der Gastwirte untereinander nicht durch eine falsche Furcht vor den Vorwürfen der Verbraucher getrübt wird. Auf Grund der Bierpreis-erhöhung beträgt jetzt der Ausschankpreis für ein 1/2 Liter- Glas Lagerbier 6,50 M., für Exportbier 7,50 M. Die Einkaufspreise betragen 1200 bzw. 1400 M. Die neuen Preise treten am Mittwoch früh in Kraft. Bezüglich der Flaschenpreise soll der Preis beim Verkauf über die Straße 13 M. beim Verkauf in der Wirtschaft 15 M. betragen. Die ganze Bierpreis-erhöhung wurde von der Versammlung einstimmig gutgeheißen.

Sobann nahm die Versammlung Stellung zu den neuen Lohnforderungen der Gastwirts-Angestellten und informierte sich hierbei aus dem Bericht des Kollegen Reichert über die Kommissionsberatungen. Durch Schiedspruch des Schlichtungsausschusses vom 9. Mai 1922 waren mit der Befristung des Landeskommissars, rückwirkend ab 1. April 1922, die Entlohnungen sowohl des früher Entlohnung empfangenden Personals, als auch des selbstbedienten Personals festgesetzt worden. Die neuen Lohnforderungen haben bereits ihren Weg zum Schlichtungsausschuss zurückgefunden und waren Gegenstand eingehender Kommissionsberatungen. Der Schiedspruch sieht nun für die 1. Klasse des Personals eine durchschnittlich 100prozentige Erhöhung der Garantiesätze vor. Das wurde als mit den Interessen des Wirtsgewerbes nicht vereinbar und als von seiten der Angestellten unberechtigt abgelehnt. Dagegen ist die Kommission bei der Behandlung des selbstbedienten Personals der Ansicht, daß ein Entgegenkommen und eine Besserstellung eine soziale und wirtschaftliche Notwendigkeit ist. Die Kommission trägt dem Rechnung, indem sie die Sätze vom 9. Mai um durchschnittlich 80% (teilweise sogar mehr) erhöht. Die durch den Schiedspruch befestigten Sätze sind jedoch (sie bedeuten eine 120prozentige Erhöhung) für die Gastwirte unannehmbar. Die Versammlung stellte sich ohne wesentliche Debatte einstimmig auf den Standpunkt der Kommission. Angeregt wird noch, daß allgemein der Prozentsatz auf Speisen und Getränke von 5% nicht überschritten wird. Von nicht geringer Bedeutung dürfte der Standpunkt der Versammlung sein, der sich im Laufe der Beratung

zusammengedrückt aufgefunden worden. Man nahm ursprünglich an, daß ein plötzlicher Vorkommnis oder ein ähnliches Naturereignis die Flüsse und Seen weit über ihre Ufer treten ließ und daß die Tiere, die nicht mehr flüchten konnten, in den Fluten ertranken und dann auf einem Sammelplatz zusammengekommen wurden. In den Knochen lassen sich vielfach Spuren von Hyänenbissen feststellen, zahlreiche Knochen von Hippopotamen sind benagt und zerbiten. Aber außer diesen Bissspuren lassen sich noch andere eigentümliche Verletzungen der Knochen feststellen, die nicht auf Rechnung der aasfressenden Raubtiere zu setzen sind. Eine andere Erklärung des Knochenfundes von Pikermi wird nach einem Bericht Darwins gegeben, den er während der Erdumregelung in den Pampassteppen von Südamerika verfaßte. In den Jahren 1827-30 herrschte eine außerordentliche Dürre, die ganze Vegetation blieb aus, die Bäume verdorrten und das ganze Land nahm das Aussehen einer staubigen Wüste an. In unabherrschbaren Scharen drängten Rinder und Pferde zu den größten Strömen, bürzten sich an das Ufer hinunter, um ihren Durst zu löschen. Die nachdrängenden Tiere stolperten über die vorderen, die zu erschöpft waren, um dem mächtigen Ansturm standzuhalten. Sie fielen um und gingen in dem Wasser elendiglich zugrunde. So ähnlich erklärt ein Gelehrter dem Bericht Darwins folgend auch die hier beobachteten Knochenreste von Pikermi.

Diese Erklärung ist nach Professor Abel zweifellos geeignet, mancher Erscheinungsformen des Pikermifundes aufzuheben, wenn sie auch als restlose Erklärung noch nicht angesehen werden kann. Die Knochen von Pikermi weisen nämlich eine noch ganz besondere Eigentümlichkeit auf. Es finden sich vielfach Knochenbrüche, die man modern als „Stahlerbrüche“ bezeichnet. Wenn nämlich ein Mensch oder ein Tier von einer beträchtlichen Höhe herabspringt und dabei das Bein bricht, so entstehen ganz eigentümliche Spitz nach oben zulaufende Bruchstellen. Zieht man diese Tatsache nach zur Erklärung der Katastrophe von Pikermi heran, so wird man sich das folgende Bild von ihr machen können. Eine gewaltige Dürre oder besser noch ein großer Steppenbrand trieb die Tiere in wohlfühnigem Lauf vorwärts einem steilen Abhang zu, wo sie hinunterstürzten, von den folgenden Tieren bedeckt werden und erstickten. Der Steppenbrand wird durch einen gewaltigen Vorkommnis verursacht, der zugleich alle Rinnale und Flüsse wieder mit Wasser füllt. Diese Hypothese ist umso mehr Wahrscheinlichkeit für sich, als ähnliche panikartige Fluchten von in Rudeln lebenden Tieren vielfach in Savannen beobachtet wurden, wo große Herden von wilder Flucht vor Wölfen daherkamen und bei Steppenbränden in Afrika, wo Affen und andere kleine Tiere sich in Felspalten flüchten, hier aber durch den Vorkommnis des Steppenbrandes aufstretenden Vorkommnis in Wasser ertrinken.

III. Karlsruhe, 24. Juli. Der Wirtschaftsverein Karlsruhe und Umgebung hielt heute eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, durch deren Tagesordnung zwei augenblicklich für das Gastwirts-gewerbe äußerst wichtige Fragen zur Beschlußfassung gelangten. Zur Bierpreis-erhöhung gab der Geschäftsführer Reichert einen kurzen und umfassenden Bericht über die in dieser Frage mit den Gewerkschaften, den Konsumvereinigungen und den Brauereien geführten Verhandlungen. Diese Verhandlungen, die ein völliges Scheitern auf seiten der Verbraucher für die schwierige Lage des Wirtsgewerbes zeigten, geben — und das ist bei den Verhandlungen mit den Brauereien von äußerster Wichtigkeit — die Gewißheit, daß die Einigkeit der Gastwirte untereinander nicht durch eine falsche Furcht vor den Vorwürfen der Verbraucher getrübt wird. Auf Grund der Bierpreis-erhöhung beträgt jetzt der Ausschankpreis für ein 1/2 Liter- Glas Lagerbier 6,50 M., für Exportbier 7,50 M. Die Einkaufspreise betragen 1200 bzw. 1400 M. Die neuen Preise treten am Mittwoch früh in Kraft. Bezüglich der Flaschenpreise soll der Preis beim Verkauf über die Straße 13 M. beim Verkauf in der Wirtschaft 15 M. betragen. Die ganze Bierpreis-erhöhung wurde von der Versammlung einstimmig gutgeheißen.

Sobann nahm die Versammlung Stellung zu den neuen Lohnforderungen der Gastwirts-Angestellten und informierte sich hierbei aus dem Bericht des Kollegen Reichert über die Kommissionsberatungen. Durch Schiedspruch des Schlichtungsausschusses vom 9. Mai 1922 waren mit der Befristung des Landeskommissars, rückwirkend ab 1. April 1922, die Entlohnungen sowohl des früher Entlohnung empfangenden Personals, als auch des selbstbedienten Personals festgesetzt worden. Die neuen Lohnforderungen haben bereits ihren Weg zum Schlichtungsausschuss zurückgefunden und waren Gegenstand eingehender Kommissionsberatungen. Der Schiedspruch sieht nun für die 1. Klasse des Personals eine durchschnittlich 100prozentige Erhöhung der Garantiesätze vor. Das wurde als mit den Interessen des Wirtsgewerbes nicht vereinbar und als von seiten der Angestellten unberechtigt abgelehnt. Dagegen ist die Kommission bei der Behandlung des selbstbedienten Personals der Ansicht, daß ein Entgegenkommen und eine Besserstellung eine soziale und wirtschaftliche Notwendigkeit ist. Die Kommission trägt dem Rechnung, indem sie die Sätze vom 9. Mai um durchschnittlich 80% (teilweise sogar mehr) erhöht. Die durch den Schiedspruch befestigten Sätze sind jedoch (sie bedeuten eine 120prozentige Erhöhung) für die Gastwirte unannehmbar. Die Versammlung stellte sich ohne wesentliche Debatte einstimmig auf den Standpunkt der Kommission. Angeregt wird noch, daß allgemein der Prozentsatz auf Speisen und Getränke von 5% nicht überschritten wird. Von nicht geringer Bedeutung dürfte der Standpunkt der Versammlung sein, der sich im Laufe der Beratung

zusammengedrückt aufgefunden worden. Man nahm ursprünglich an, daß ein plötzlicher Vorkommnis oder ein ähnliches Naturereignis die Flüsse und Seen weit über ihre Ufer treten ließ und daß die Tiere, die nicht mehr flüchten konnten, in den Fluten ertranken und dann auf einem Sammelplatz zusammengekommen wurden. In den Knochen lassen sich vielfach Spuren von Hyänenbissen feststellen, zahlreiche Knochen von Hippopotamen sind benagt und zerbiten. Aber außer diesen Bissspuren lassen sich noch andere eigentümliche Verletzungen der Knochen feststellen, die nicht auf Rechnung der aasfressenden Raubtiere zu setzen sind. Eine andere Erklärung des Knochenfundes von Pikermi wird nach einem Bericht Darwins gegeben, den er während der Erdumregelung in den Pampassteppen von Südamerika verfaßte. In den Jahren 1827-30 herrschte eine außerordentliche Dürre, die ganze Vegetation blieb aus, die Bäume verdorrten und das ganze Land nahm das Aussehen einer staubigen Wüste an. In unabherrschbaren Scharen drängten Rinder und Pferde zu den größten Strömen, bürzten sich an das Ufer hinunter, um ihren Durst zu löschen. Die nachdrängenden Tiere stolperten über die vorderen, die zu erschöpft waren, um dem mächtigen Ansturm standzuhalten. Sie fielen um und gingen in dem Wasser elendiglich zugrunde. So ähnlich erklärt ein Gelehrter dem Bericht Darwins folgend auch die hier beobachteten Knochenreste von Pikermi.

Diese Erklärung ist nach Professor Abel zweifellos geeignet, mancher Erscheinungsformen des Pikermifundes aufzuheben, wenn sie auch als restlose Erklärung noch nicht angesehen werden kann. Die Knochen von Pikermi weisen nämlich eine noch ganz besondere Eigentümlichkeit auf. Es finden sich vielfach Knochenbrüche, die man modern als „Stahlerbrüche“ bezeichnet. Wenn nämlich ein Mensch oder ein Tier von einer beträchtlichen Höhe herabspringt und dabei das Bein bricht, so entstehen ganz eigentümliche Spitz nach oben zulaufende Bruchstellen. Zieht man diese Tatsache nach zur Erklärung der Katastrophe von Pikermi heran, so wird man sich das folgende Bild von ihr machen können. Eine gewaltige Dürre oder besser noch ein großer Steppenbrand trieb die Tiere in wohlfühnigem Lauf vorwärts einem steilen Abhang zu, wo sie hinunterstürzten, von den folgenden Tieren bedeckt werden und erstickten. Der Steppenbrand wird durch einen gewaltigen Vorkommnis verursacht, der zugleich alle Rinnale und Flüsse wieder mit Wasser füllt. Diese Hypothese ist umso mehr Wahrscheinlichkeit für sich, als ähnliche panikartige Fluchten von in Rudeln lebenden Tieren vielfach in Savannen beobachtet wurden, wo große Herden von wilder Flucht vor Wölfen daherkamen und bei Steppenbränden in Afrika, wo Affen und andere kleine Tiere sich in Felspalten flüchten, hier aber durch den Vorkommnis des Steppenbrandes aufstretenden Vorkommnis in Wasser ertrinken.

III. Karlsruhe, 24. Juli. Der Wirtschaftsverein Karlsruhe und Umgebung hielt heute eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, durch deren Tagesordnung zwei augenblicklich für das Gastwirts-gewerbe äußerst wichtige Fragen zur Beschlußfassung gelangten. Zur Bierpreis-erhöhung gab der Geschäftsführer Reichert einen kurzen und umfassenden Bericht über die in dieser Frage mit den Gewerkschaften, den Konsumvereinigungen und den Brauereien geführten Verhandlungen. Diese Verhandlungen, die ein völliges Scheitern auf seiten der Verbraucher für die schwierige Lage des Wirtsgewerbes zeigten, geben — und das ist bei den Verhandlungen mit den Brauereien von äußerster Wichtigkeit — die Gewißheit, daß die Einigkeit der Gastwirte untereinander nicht durch eine falsche Furcht vor den Vorwürfen der Verbraucher getrübt wird. Auf Grund der Bierpreis-erhöhung beträgt jetzt der Ausschankpreis für ein 1/2 Liter- Glas Lagerbier 6,50 M., für Exportbier 7,50 M. Die Einkaufspreise betragen 1200 bzw. 1400 M. Die neuen Preise treten am Mittwoch früh in Kraft. Bezüglich der Flaschenpreise soll der Preis beim Verkauf über die Straße 13 M. beim Verkauf in der Wirtschaft 15 M. betragen. Die ganze Bierpreis-erhöhung wurde von der Versammlung einstimmig gutgeheißen.

Sobann nahm die Versammlung Stellung zu den neuen Lohnforderungen der Gastwirts-Angestellten und informierte sich hierbei aus dem Bericht des Kollegen Reichert über die Kommissionsberatungen. Durch Schiedspruch des Schlichtungsausschusses vom 9. Mai 1922 waren mit der Befristung des Landeskommissars, rückwirkend ab 1. April 1922, die Entlohnungen sowohl des früher Entlohnung empfangenden Personals, als auch des selbstbedienten Personals festgesetzt worden. Die neuen Lohnforderungen haben bereits ihren Weg zum Schlichtungsausschuss zurückgefunden und waren Gegenstand eingehender Kommissionsberatungen. Der Schiedspruch sieht nun für die 1. Klasse des Personals eine durchschnittlich 100prozentige Erhöhung der Garantiesätze vor. Das wurde als mit den Interessen des Wirtsgewerbes nicht vereinbar und als von seiten der Angestellten unberechtigt abgelehnt. Dagegen ist die Kommission bei der Behandlung des selbstbedienten Personals der Ansicht, daß ein Entgegenkommen und eine Besserstellung eine soziale und wirtschaftliche Notwendigkeit ist. Die Kommission trägt dem Rechnung, indem sie die Sätze vom 9. Mai um durchschnittlich 80% (teilweise sogar mehr) erhöht. Die durch den Schiedspruch befestigten Sätze sind jedoch (sie bedeuten eine 120prozentige Erhöhung) für die Gastwirte unannehmbar. Die Versammlung stellte sich ohne wesentliche Debatte einstimmig auf den Standpunkt der Kommission. Angeregt wird noch, daß allgemein der Prozentsatz auf Speisen und Getränke von 5% nicht überschritten wird. Von nicht geringer Bedeutung dürfte der Standpunkt der Versammlung sein, der sich im Laufe der Beratung

zusammengedrückt aufgefunden worden. Man nahm ursprünglich an, daß ein plötzlicher Vorkommnis oder ein ähnliches Naturereignis die Flüsse und Seen weit über ihre Ufer treten ließ und daß die Tiere, die nicht mehr flüchten konnten, in den Fluten ertranken und dann auf einem Sammelplatz zusammengekommen wurden. In den Knochen lassen sich vielfach Spuren von Hyänenbissen feststellen, zahlreiche Knochen von Hippopotamen sind benagt und zerbiten. Aber außer diesen Bissspuren lassen sich noch andere eigentümliche Verletzungen der Knochen feststellen, die nicht auf Rechnung der aasfressenden Raubtiere zu setzen sind. Eine andere Erklärung des Knochenfundes von Pikermi wird nach einem Bericht Darwins gegeben, den er während der Erdumregelung in den Pampassteppen von Südamerika verfaßte. In den Jahren 1827-30 herrschte eine außerordentliche Dürre, die ganze Vegetation blieb aus, die Bäume verdorrten und das ganze Land nahm das Aussehen einer staubigen Wüste an. In unabherrschbaren Scharen drängten Rinder und Pferde zu den größten Strömen, bürzten sich an das Ufer hinunter, um ihren Durst zu löschen. Die nachdrängenden Tiere stolperten über die vorderen, die zu erschöpft waren, um dem mächtigen Ansturm standzuhalten. Sie fielen um und gingen in dem Wasser elendiglich zugrunde. So ähnlich erklärt ein Gelehrter dem Bericht Darwins folgend auch die hier beobachteten Knochenreste von Pikermi.

Diese Erklärung ist nach Professor Abel zweifellos geeignet, mancher Erscheinungsformen des Pikermifundes aufzuheben, wenn sie auch als restlose Erklärung noch nicht angesehen werden kann. Die Knochen von Pikermi weisen nämlich eine noch ganz besondere Eigentümlichkeit auf. Es finden sich vielfach Knochenbrüche, die man modern als „Stahlerbrüche“ bezeichnet. Wenn nämlich ein Mensch oder ein Tier von einer beträchtlichen Höhe herabspringt und dabei das Bein bricht, so entstehen ganz eigentümliche Spitz nach oben zulaufende Bruchstellen. Zieht man diese Tatsache nach zur Erklärung der Katastrophe von Pikermi heran, so wird man sich das folgende Bild von ihr machen können. Eine gewaltige Dürre oder besser noch ein großer Steppenbrand trieb die Tiere in wohlfühnigem Lauf vorwärts einem steilen Abhang zu, wo sie hinunterstürzten, von den folgenden Tieren bedeckt werden und erstickten. Der Steppenbrand wird durch einen gewaltigen Vorkommnis verursacht, der zugleich alle Rinnale und Flüsse wieder mit Wasser füllt. Diese Hypothese ist umso mehr Wahrscheinlichkeit für sich, als ähnliche panikartige Fluchten von in Rudeln lebenden Tieren vielfach in Savannen beobachtet wurden, wo große Herden von wilder Flucht vor Wölfen daherkamen und bei Steppenbränden in Afrika, wo Affen und andere kleine Tiere sich in Felspalten flüchten, hier aber durch den Vorkommnis des Steppenbrandes aufstretenden Vorkommnis in Wasser ertrinken.

III. Karlsruhe, 24. Juli. Der Wirtschaftsverein Karlsruhe und Umgebung hielt heute eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, durch deren Tagesordnung zwei augenblicklich für das Gastwirts-gewerbe äußerst wichtige Fragen zur Beschlußfassung gelangten. Zur Bierpreis-erhöhung gab der Geschäftsführer Reichert einen kurzen und umfassenden Bericht über die in dieser Frage mit den Gewerkschaften, den Konsumvereinigungen und den Brauereien geführten Verhandlungen. Diese Verhandlungen, die ein völliges Scheitern auf seiten der Verbraucher für die schwierige Lage des Wirtsgewerbes zeigten, geben — und das ist bei den Verhandlungen mit den Brauereien von äußerster Wichtigkeit — die Gewißheit, daß die Einigkeit der Gastwirte untereinander nicht durch eine falsche Furcht vor den Vorwürfen der Verbraucher getrübt wird. Auf Grund der Bierpreis-erhöhung beträgt jetzt der Ausschankpreis für ein 1/2 Liter- Glas Lagerbier 6,50 M., für Exportbier 7,50 M. Die Einkaufspreise betragen 1200 bzw. 1400 M. Die neuen Preise treten am Mittwoch früh in Kraft. Bezüglich der Flaschenpreise soll der Preis beim Verkauf über die Straße 13 M. beim Verkauf in der Wirtschaft 15 M. betragen. Die ganze Bierpreis-erhöhung wurde von der Versammlung einstimmig gutgeheißen.

Sobann nahm die Versammlung Stellung zu den neuen Lohnforderungen der Gastwirts-Angestellten und informierte sich hierbei aus dem Bericht des Kollegen Reichert über die Kommissionsberatungen. Durch Schiedspruch des Schlichtungsausschusses vom 9. Mai 1922 waren mit der Befristung des Landeskommissars, rückwirkend ab 1. April 1922, die Entlohnungen sowohl des früher Entlohnung empfangenden Personals, als auch des selbstbedienten Personals festgesetzt worden. Die neuen Lohnforderungen haben bereits ihren Weg zum Schlichtungsausschuss zurückgefunden und waren Gegenstand eingehender Kommissionsberatungen. Der Schiedspruch sieht nun für die 1. Klasse des Personals eine durchschnittlich 100prozentige Erhöhung der Garantiesätze vor. Das wurde als mit den Interessen des Wirtsgewerbes nicht vereinbar und als von seiten der Angestellten unberechtigt abgelehnt. Dagegen ist die Kommission bei der Behandlung des selbstbedienten Personals der Ansicht, daß ein Entgegenkommen und eine Besserstellung eine soziale und wirtschaftliche Notwendigkeit ist. Die Kommission trägt dem Rechnung, indem sie die Sätze vom 9. Mai um durchschnittlich 80% (teilweise sogar mehr) erhöht. Die durch den Schiedspruch befestigten Sätze sind jedoch (sie bedeuten eine 120prozentige Erhöhung) für die Gastwirte unannehmbar. Die Versammlung stellte sich ohne wesentliche Debatte einstimmig auf den Standpunkt der Kommission. Angeregt wird noch, daß allgemein der Prozentsatz auf Speisen und Getränke von 5% nicht überschritten wird. Von nicht geringer Bedeutung dürfte der Standpunkt der Versammlung sein, der sich im Laufe der Beratung

### Kommunaloerband und Reichsgetreidestelle.

Die Belieferung der Kommunaloerbande mit Getreide oder Mehl durch die Reichsgetreidestelle ist auch für das Jahr 1922 in die Wahl der Verbände gestellt und diese haben sich bereits darüber erklären müssen. Die Verkaufspreise der Reichsgetreidestelle für Mehl sind festgesetzt: 85prozentiges Roggenmehl 1400 Mark pro Doppelzentner, 85prozentiges Weizenmehl 1470 Mark, Roggenmehl 1350 Mark, Weizenmehl 1410 Mark, Krantenmehl 1650 Mark pro Doppelzentner. Alle Preise verstehen sich einschließlich Sackgewicht, aber ausschließlich Sack und frachtfrei Bahn- oder Schiffstationen des kaufenden Verbandes. Der Abgabepreis für Roggen seitens der Reichsgetreidestelle ist auf 10 800 M. pro Tonne, für Weizen auf 11 300 M., für Gerste auf 10 600 M. mit Zustimmung der Reichsregierung festgelegt. Die vorstehenden Preise stellen auch die Rückkaufspreise dar, die die Kommunaloerbande an die Reichsgetreidestelle zu entrichten haben.

### Gegen die hohen Kartoffelpreise.

Die Regierung der Pfälzischen Städte ein Schreiben betreffs der hohen Kartoffelpreise. Nach Anhörung Sachverständiger wird ein Erzeugerpreis von 5 bis 5,50 M. für genügend erachtet. Der Kleinhandelspreis beim Verkauf in Läden oder auf dem Wochenmarkt beträgt dann ungefähr 6,50 bis 7 M. das Pfund. Diese Preise seien reichlich bemessen; bei stärkerem Angebot würde die Entwicklung noch niedrigere Preise bringen. Preise von 9 bis 12 M. seien Wunderpreise und erforderten ein Einschreiten, eventuell Beschlagnahme. Die Händler-Erlaubnisse seien genau nachzuprüfen; ebenso wird mit Entziehung gedroht.

### Jagdverpachtung nach dem Dollarsstand.

Kürzlich fand in Eppingen die Neuverpachtung der Gemeindefeld Jagd statt, wobei als Kaufteil im Pachtertrag der Sach aufgestellt wurde: „Der bei der heutigen Versteigerung erzielte Pachtpreis ist nur dann maßgebend, wenn sich unsere Ballota nicht weiter verschlechtern sollte. Sollte eine weitere Verschlechterung unserer Markt eintreten, so erhöht sich der jeweilige Pachtpreis dementsprechend.“ Abgehoben ist der Stand des Dollars. Der Jagdverein „Hubertus“ Heidelberg hat sich in einem gebarnichten Protokoll gegen eine derartige Bestimmung ausgesprochen, die nur dazu führen muß, daß die Pächter, um ihre Kosten zu kommen, den Wildstand durch völligen Abschluß des Wildes zu vernichten genötigt sein würden. Auch wurde auf das unrationale Gepräge dieser Kaufteil hingewiesen. Die Abmahlung wurde aber dennoch aufrecht erhalten. Die Jagd, deren Friedenspachtpreis jährlich 820 Mark betrug, wurde um 45 000 M. an eine Gesellschaft in Karlsruhe verpachtet.

### Die Lage im Gastwirts-gewerbe.

III. Karlsruhe, 24. Juli. Der Wirtschaftsverein Karlsruhe und Umgebung hielt heute eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, durch deren Tagesordnung zwei augenblicklich für das Gastwirts-gewerbe äußerst wichtige Fragen zur Beschlußfassung gelangten. Zur Bierpreis-erhöhung gab der Geschäftsführer Reichert einen kurzen und umfassenden Bericht über die in dieser Frage mit den Gewerkschaften, den Konsumvereinigungen und den Brauereien geführten Verhandlungen. Diese Verhandlungen, die ein völliges Scheitern auf seiten der Verbraucher für die schwierige Lage des Wirtsgewerbes zeigten, geben — und das ist bei den Verhandlungen mit den Brauereien von äußerster Wichtigkeit — die Gewißheit, daß die Einigkeit der Gastwirte untereinander nicht durch eine falsche Furcht vor den Vorwürfen der Verbraucher getrübt wird. Auf Grund der Bierpreis-erhöhung beträgt jetzt der Ausschankpreis für ein 1/2 Liter- Glas Lagerbier 6,50 M., für Exportbier 7,50 M. Die Einkaufspreise betragen 1200 bzw. 1400 M. Die neuen Preise treten am Mittwoch früh in Kraft. Bezüglich der Flaschenpreise soll der Preis beim Verkauf über die Straße 13 M. beim Verkauf in der Wirtschaft 15 M. betragen. Die ganze Bierpreis-erhöhung wurde von der Versammlung einstimmig gutgeheißen.

Sobann nahm die Versammlung Stellung zu den neuen Lohnforderungen der Gastwirts-Angestellten und informierte sich hierbei aus dem Bericht des Kollegen Reichert über die Kommissionsberatungen. Durch Schiedspruch des Schlichtungsausschusses vom 9. Mai 1922 waren mit der Befristung des Landeskommissars, rückwirkend ab 1. April 1922, die Entlohnungen sowohl des früher Entlohnung empfangenden Personals, als auch des selbstbedienten Personals festgesetzt worden. Die neuen Lohnforderungen haben bereits ihren Weg zum Schlichtungsausschuss zurückgefunden und waren Gegenstand eingehender Kommissionsberatungen. Der Schiedspruch sieht nun für die 1. Klasse des Personals eine durchschnittlich 100prozentige Erhöhung der Garantiesätze vor. Das wurde als mit den Interessen des Wirtsgewerbes nicht vereinbar und als von seiten der Angestellten unberechtigt abgelehnt. Dagegen ist die Kommission bei der Behandlung des selbstbedienten Personals der Ansicht, daß ein Entgegenkommen und eine Besserstellung eine soziale und wirtschaftliche Notwendigkeit ist. Die Kommission trägt dem Rechnung, indem sie die Sätze vom 9. Mai um durchschnittlich 80% (teilweise sogar mehr) erhöht. Die durch den Schiedspruch befestigten Sätze sind jedoch (sie bedeuten eine 120prozentige Erhöhung) für die Gastwirte unannehmbar. Die Versammlung stellte sich ohne wesentliche Debatte einstimmig auf den Standpunkt der Kommission. Angeregt wird noch, daß allgemein der Prozentsatz auf Speisen und Getränke von 5% nicht überschritten wird. Von nicht geringer Bedeutung dürfte der Standpunkt der Versammlung sein, der sich im Laufe der Beratung

zusammengedrückt aufgefunden worden. Man nahm ursprünglich an, daß ein plötzlicher Vorkommnis oder ein ähnliches Naturereignis die Flüsse und Seen weit über ihre Ufer treten ließ und daß die Tiere, die nicht mehr flüchten konnten, in den Fluten ertranken und dann auf einem Sammelplatz zusammengekommen wurden. In den Knochen lassen sich vielfach Spuren von Hyänenbissen feststellen, zahlreiche Knochen von Hippopotamen sind benagt und zerbiten. Aber außer diesen Bissspuren lassen sich noch andere eigentümliche Verletzungen der Knochen feststellen, die nicht auf Rechnung der aasfressenden Raubtiere zu setzen sind. Eine andere Erklärung des Knochenfundes von Pikermi wird nach einem Bericht Darwins gegeben, den er während der Erdumregelung in den Pampassteppen von Südamerika verfaßte. In den Jahren 1827-30 herrschte eine außerordentliche Dürre, die ganze Vegetation blieb aus, die Bäume verdorrten und das ganze Land nahm das Aussehen einer staubigen Wüste an. In unabherrschbaren Scharen drängten Rinder und Pferde zu den größten Strömen, bürzten sich an das Ufer hinunter, um ihren Durst zu löschen. Die nachdrängenden Tiere stolperten über die vorderen, die zu erschöpft waren, um dem mächtigen Ansturm standzuhalten. Sie fielen um und gingen in dem Wasser elendiglich zugrunde. So ähnlich erklärt ein Gelehrter dem Bericht Darwins folgend auch die hier beobachteten Knochenreste von Pikermi.

Diese Erklärung ist nach Professor Abel zweifellos geeignet, mancher Erscheinungsformen des Pikermifundes aufzuheben, wenn sie auch als restlose Erklärung noch nicht angesehen werden kann. Die Knochen von Pikermi weisen nämlich eine noch ganz besondere Eigentümlichkeit auf. Es finden sich vielfach Knochenbrüche, die man modern als „Stahlerbrüche“ bezeichnet. Wenn nämlich ein Mensch oder ein Tier von einer beträchtlichen Höhe herabspringt und dabei das Bein bricht, so entstehen ganz eigentümliche Spitz nach oben zulaufende Bruchstellen. Zieht man diese Tatsache nach zur Erklärung der Katastrophe von Pikermi heran, so wird man sich das folgende Bild von ihr machen können. Eine gewaltige Dürre oder besser noch ein großer Steppenbrand trieb die Tiere in wohlfühnigem Lauf vorwärts einem steilen Abhang zu, wo sie hinunterstürzten, von den folgenden Tieren bedeckt werden und erstickten. Der Steppenbrand wird durch einen gewaltigen Vorkommnis verursacht, der zugleich alle Rinnale und Flüsse wieder mit Wasser füllt. Diese Hypothese ist umso mehr Wahrscheinlichkeit für sich, als ähnliche panikartige Fluchten von in Rudeln lebenden Tieren vielfach in Savannen beobachtet wurden, wo große Herden von wilder Flucht vor Wölfen daherkamen und bei Steppenbränden in Afrika, wo Affen und andere kleine Tiere sich in Felspalten flüchten, hier aber durch den Vorkommnis des Steppenbrandes aufstretenden Vorkommnis in Wasser ertrinken.

III. Karlsruhe, 24. Juli. Der Wirtschaftsverein Karlsruhe und Umgebung hielt heute eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, durch deren Tagesordnung zwei augenblicklich für das Gastwirts-gewerbe äußerst wichtige Fragen zur Beschlußfassung gelangten. Zur Bierpreis-erhöhung gab der Geschäftsführer Reichert einen kurzen und umfassenden Bericht über die in dieser Frage mit den Gewerkschaften, den Konsumvereinigungen und den Brauereien geführten Verhandlungen. Diese Verhandlungen, die ein völliges Scheitern auf seiten der Verbraucher für die schwierige Lage des Wirtsgewerbes zeigten, geben — und das ist bei den Verhandlungen mit den Brauereien von äußerster Wichtigkeit — die Gewißheit, daß die Einigkeit der Gastwirte untereinander nicht durch eine falsche Furcht vor den Vorwürfen der Verbraucher getrübt wird. Auf Grund der Bierpreis-erhöhung beträgt jetzt der Ausschankpreis für ein 1/2 Liter- Glas Lagerbier 6,50 M., für Exportbier 7,50 M. Die Einkaufspreise betragen 1200 bzw. 1400 M. Die neuen Preise treten am Mittwoch früh in Kraft. Bezüglich der Flaschenpreise soll der Preis beim Verkauf über die Straße 13 M. beim Verkauf in der Wirtschaft 15 M. betragen. Die ganze Bierpreis-erhöhung wurde von der Versammlung einstimmig gutgeheißen.

Sobann nahm die Versammlung Stellung zu den neuen Lohnforderungen der Gastwirts-Angestellten und informierte sich hierbei aus dem Bericht des Kollegen Reichert über die Kommissionsberatungen. Durch Schiedspruch des Schlichtungsausschusses vom 9. Mai 1922 waren mit der Befristung des Landeskommissars, rückwirkend ab 1. April 1922, die Entlohnungen sowohl des früher Entlohnung empfangenden Personals, als auch des selbstbedienten Personals festgesetzt worden. Die neuen Lohnforderungen haben bereits ihren Weg zum Schlichtungsausschuss zurückgefunden und waren Gegenstand eingehender Kommissionsberatungen. Der Schiedspruch sieht nun für die 1. Klasse des Personals eine durchschnittlich 100prozentige Erhöhung der Garantiesätze vor. Das wurde als mit den Interessen des Wirtsgewerbes nicht vereinbar und als von seiten der Angestellten unberechtigt abgelehnt. Dagegen ist die Kommission bei der Behandlung des selbstbedienten Personals der Ansicht, daß ein Entgegenkommen und eine Besserstellung eine soziale und wirtschaftliche Notwendigkeit ist. Die Kommission trägt dem Rechnung, indem sie die Sätze vom 9. Mai um durchschnittlich 80% (teilweise sogar mehr) erhöht. Die durch den Schiedspruch befestigten Sätze sind jedoch (sie bedeuten eine 120prozentige Erhöhung) für die Gastwirte unannehmbar. Die Versammlung stellte sich ohne wesentliche Debatte einstimmig auf den Standpunkt der Kommission. Angeregt wird noch, daß allgemein der Prozentsatz auf Speisen und Getränke von 5% nicht überschritten wird. Von nicht geringer Bedeutung dürfte der Standpunkt der Versammlung sein, der sich im Laufe der Beratung

zusammengedrückt aufgefunden worden. Man nahm ursprünglich an, daß ein plötzlicher Vorkommnis oder ein ähnliches Naturereignis die Flüsse und Seen weit über ihre Ufer treten ließ und daß die Tiere, die nicht mehr flüchten konnten, in den Fluten ertranken und dann auf einem Sammelplatz zusammengekommen wurden. In den Knochen lassen sich vielfach Spuren von Hyänenbissen feststellen, zahlreiche Knochen von Hippopotamen sind benagt und zerbiten. Aber außer diesen Bissspuren lassen sich noch andere eigentümliche Verletzungen der Knochen feststellen, die nicht auf Rechnung der aasfressenden Raubtiere zu setzen sind. Eine andere Erklärung des Knochenfundes von Pikermi wird nach einem Bericht Darwins gegeben, den er während der Erdumregelung in den Pampassteppen von Südamerika verfaßte. In den Jahren 1827-30 herrschte eine außerordentliche Dürre, die ganze Vegetation blieb aus, die Bäume verdorrten und das ganze Land nahm das Aussehen einer staubigen Wüste an. In unabherrschbaren Scharen drängten Rinder und Pferde zu den größten Strömen, bürzten sich an das Ufer hinunter, um ihren Durst zu löschen. Die nachdrängenden Tiere stolperten über die vorderen, die zu erschöpft waren, um dem mächtigen Ansturm standzuhalten. Sie fielen um und gingen in dem Wasser elendiglich zugrunde. So ähnlich erklärt ein Gelehrter dem Bericht Darwins folgend auch die hier beobachteten Knochenreste von Pikermi.

Diese Erklärung ist nach Professor Abel zweifellos geeignet, mancher Erscheinungsformen des Pikermifundes aufzuheben, wenn sie auch als restlose Erklärung noch nicht angesehen werden kann. Die Knochen von Pikermi weisen nämlich eine noch ganz besondere Eigentümlichkeit auf. Es finden sich vielfach Knochenbrüche, die man modern als „Stahlerbrüche“ bezeichnet. Wenn nämlich ein Mensch oder ein Tier von einer beträchtlichen Höhe herabspringt und dabei das Bein bricht, so entstehen ganz eigentümliche Spitz nach oben zulaufende Bruchstellen. Zieht man diese Tatsache nach zur Erklärung der Katastrophe von Pikermi heran, so wird man sich das folgende Bild von ihr machen können. Eine gewaltige Dürre oder besser noch ein großer Steppenbrand trieb die Tiere in wohlfühnigem Lauf vorwärts einem steilen Abhang zu, wo sie hinunterstürzten, von den folgenden Tieren bedeckt werden und erstickten. Der Steppenbrand wird durch einen gewaltigen Vorkommnis verursacht, der zugleich alle Rinnale und Flüsse wieder mit Wasser füllt. Diese Hypothese ist umso mehr Wahrscheinlichkeit für sich, als ähnliche panikartige Fluchten von in Rudeln lebenden Tieren vielfach in Savannen beobachtet wurden, wo große Herden von wilder Flucht vor Wölfen daherkamen und bei Steppenbränden in Afrika, wo Affen und andere kleine Tiere sich in Felspalten flüchten, hier aber durch den Vorkommnis des Steppenbrandes aufstretenden Vorkommnis in Wasser ertrinken.

III. Karlsruhe, 24. Juli. Der Wirtschaftsverein Karlsruhe und Umgebung hielt heute eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, durch deren Tagesordnung zwei augenblicklich für das Gastwirts-gewerbe äußerst wichtige Fragen zur Beschlußfassung gelangten. Zur Bierpreis-erhöhung gab der Geschäftsführer Reichert einen kurzen und umfassenden Bericht über die in dieser Frage mit den Gewerkschaften, den Konsumvereinigungen und den Brauereien geführten Verhandlungen. Diese Verhandlungen, die ein völliges Scheitern auf seiten der Verbraucher für die schwierige Lage des Wirtsgewerbes zeigten, geben — und das ist bei den Verhandlungen mit den Brauereien von äußerster Wichtigkeit — die Gewißheit, daß die Einigkeit der Gastwirte untereinander nicht durch eine falsche Furcht vor den Vorwürfen der Verbraucher getrübt wird. Auf Grund der Bierpreis-erhöhung beträgt jetzt der Ausschankpreis für ein 1/2 Liter- Glas Lagerbier 6,50 M., für Exportbier 7,50 M. Die Einkaufspreise betragen 1200 bzw. 1400 M. Die neuen Preise treten am Mittwoch früh in Kraft. Bezüglich der Flaschenpreise soll der Preis beim Verkauf über die Straße 13 M. beim Verkauf in der Wirtschaft 15 M. betragen. Die ganze Bierpreis-erhöhung wurde von der Versammlung einstimmig gutgeheißen.

Sobann nahm die Versammlung Stellung zu den neuen Lohnforderungen der Gastwirts-Angestellten und informierte sich hierbei aus dem Bericht des Kollegen Reichert über die Kommissionsberatungen. Durch Schiedspruch des Schlichtungsausschusses vom 9. Mai 1922 waren mit der Befristung des Landeskommissars, rückwirkend ab 1. April 1922, die Entlohnungen sowohl des früher Entlohnung empfangenden Personals, als auch des selbstbedienten Personals festgesetzt worden. Die neuen Lohnforderungen haben bereits ihren Weg zum Schlichtungsausschuss zurückgefunden und waren Gegenstand eingehender Kommissionsberatungen. Der Schiedspruch sieht nun für die 1. Klasse des Personals eine durchschnittlich 100prozentige Erhöhung der Garantiesätze vor. Das wurde als mit den Interessen des Wirtsgewerbes nicht vereinbar und als von seiten der Angestellten unberechtigt abgelehnt. Dagegen ist die Kommission bei der Behandlung des selbstbedienten Personals der Ansicht, daß ein Entgegenkommen und eine Besserstellung eine soziale und wirtschaftliche Notwendigkeit ist. Die Kommission trägt dem Rechnung, indem sie die Sätze vom 9. Mai um durchschnittlich 80% (teilweise sogar mehr) erhöht. Die durch den Schiedspruch befestigten Sätze sind jedoch (sie bedeuten eine 120prozentige Erhöhung) für die Gastwirte unannehmbar. Die Versammlung stellte sich ohne wesentliche Debatte einstimmig auf den Standpunkt der Kommission. Angeregt wird noch, daß allgemein der Prozentsatz auf Speisen und Getränke von 5% nicht überschritten wird. Von nicht geringer Bedeutung dürfte der Standpunkt der Versammlung sein, der sich im Laufe der Beratung

zusammengedrückt aufgefunden worden. Man nahm ursprünglich an, daß ein plötzlicher Vorkommnis oder ein ähnliches Naturereignis die Flüsse und Seen weit über ihre Ufer treten ließ und daß die Tiere, die nicht mehr flüchten konnten, in den Fluten ertranken und dann auf einem Sammelplatz zusammengekommen wurden. In den Knochen lassen sich vielfach Spuren von Hyänenbissen feststellen, zahlreiche Knochen von Hippopotamen sind benagt und zerbiten. Aber außer diesen Bissspuren lassen sich noch andere eigentümliche Verletzungen der Knochen feststellen, die nicht auf Rechnung der aasfressenden Raubtiere zu setzen sind. Eine andere Erklärung des Knochenfundes von Pikermi wird nach einem Bericht Darwins gegeben, den er während der Erdumregelung in den Pampassteppen von Südamerika verfaßte. In den Jahren 1827-30 herrschte eine außerordentliche Dürre, die ganze Vegetation blieb aus, die Bäume verdorrten und das ganze Land nahm das Aussehen einer staubigen Wüste an. In unabherrschbaren Scharen drängten Rinder und Pferde zu den größten Strömen, bürzten sich an das Ufer hinunter, um ihren Durst zu löschen. Die nachdrängenden Tiere stolperten über die vorderen, die zu erschöpft waren, um dem mächtigen Ansturm standzuhalten. Sie fielen um und gingen in dem Wasser elendiglich zugrunde. So ähnlich erklärt ein Gelehrter dem Bericht Darwins folgend auch die hier beobachteten Knochenreste von Pikermi.

Diese Erklärung ist nach Professor Abel zweifellos geeignet, mancher Erscheinungsformen des Pikermifundes aufzuheben, wenn sie auch als restlose Erklärung noch nicht angesehen werden kann. Die Knochen von Pikermi weisen nämlich eine noch ganz besondere Eigentümlichkeit auf. Es finden sich vielfach Knochenbrüche, die man modern als „Stahlerbrüche“ bezeichnet. Wenn nämlich ein Mensch oder ein Tier von einer beträchtlichen Höhe herabspringt und dabei das Bein bricht, so entstehen ganz eigentümliche Spitz nach oben zulaufende Bruchstellen. Zieht man diese Tatsache nach zur Erklärung der Katastrophe von Pikermi heran, so wird man sich das folgende Bild von ihr machen können. Eine gewaltige Dürre oder besser noch ein großer Steppenbrand trieb die Tiere in wohlfühnigem Lauf vorwärts einem steilen Abhang zu, wo sie hinunterstürzten, von den folgenden Tieren bedeckt werden und erstickten. Der Steppenbrand wird durch einen gewaltigen Vorkommnis verursacht, der zugleich alle Rinnale und Flüsse wieder mit Wasser füllt. Diese Hypothese ist umso mehr Wahrscheinlichkeit für sich, als ähnliche panikartige Fluchten von in Rudeln lebenden Tieren vielfach in Savannen beobachtet wurden, wo



Touristenzüge.

Touristenzüge sind und bezwecken etwas anderes als die Ferienzüge, die wir schon lange kennen. Sie wollen nicht wie jene Sommererfrischer zu billigen Preisen an den Ort ihres Ferienaufenthaltes oder an den Ausgangspunkt einer großen Wanderung bringen oder von dort holen, sondern sie wollen für die fern von unserem herrlichen Schwarzwald oder dem Bodensee wohnenden Wanderer billige und günstige Gelegenheiten zu Tageswanderungen, zum Kennenlernen der engeren Heimat schaffen. In einem Tage hin und zurück und zwischen 8-10 Stunden Wanderzeit. Hier einer solchen Einrichtung steht sich gegenüber und glaubte, die Zahl der Teilnehmer bliebe gering, den hat die Praxis eines Besseren belehrt. Wenige Tage nach Bekanntwerden dieser Einrichtung waren die Touristenzüge ausverkauft. Viele, die gerne mitgenommen wären, mußte man zurückweisen, da mehr als 750 Personen für einen solchen Zug nicht zugelassen werden. Für solche Bedrängnisse sind Schlafplätze vorhanden und damit ist ein angenehmeres Fahren gesichert. Doch haben diese Touristenzüge der Vorteile noch mehr; sie sind so gelegt, daß man frühe an Ort und Stelle ist, sie fahren mit Schnellzugsgeschwindigkeit, halten nur an wenigen Stationen und — die Hauptfache — sind billig. Der Rührillkometer Personenzug dieser Klasse kostet 30 Pfennig, im Touristenzug 20 Pfennig. Man muß es dem biesigen Verkehrsverein danken, daß er diese Anregung für unsere Mannheimer Wanderer gegeben und die große, verdienstvolle aber einkunftslose Arbeit des Arrangements übernommen hat. Kürzlich fuhr der erste dieser Touristenzüge nach Freiburg, Sonntag fuhr einer nach Triberg, am 18. August wird einer die Richtung nach Konigssee nehmen. Es ist geplant, diese Züge zu einer dauernden Einrichtung zu machen und namentlich auch über den Winter durchzuführen, um den Winterpartnern von Mannheim und Umgebung Gelegenheit zu Schneewanderungen und sportlicher Betätigung zu geben. In Touristenkreisen hat diese Idee Anklang gefunden, man hat sie auf ihre Güte geprüft und ist zu treuen Bindungen der neuen Einrichtung geworden.

Am dem Sonntag veranstalteten Zug nach Triberg beteiligten sich viele, die schon die Freiburger Fahrt mitgemacht. Mancher versichert, daß er — trotzdem der Verkehrsverein den Wettergott nicht zu seinen besten Freunden zu zählen scheint — auch die Fahrt nach dem Bodensee mitmachen würde. Das Wetter war nämlich am Sonntag schlecht. Zwar waren die Wege in der Triberger Gegend tadellos im Schnee und nicht aufgeweicht, wie man nach den Mannheimer Niederschlägen der letzten Tage und namentlich in der Nacht zum Sonntag befürchtete, doch wechselte ein Gewitterregen mit dem andern ab. Bald rieselte es im Andantetempo, bald im härmlichen Allegro und nur kurz waren die dazwischenfallenden trocken-geliebeneren Bliesestunden. Über einem rechten Wanderer mocht das ja nichts aus, wenn er sich in seiner Bekleidung auf solche Wetterereignisse des Gottes Nilvius eingestellt hat. Im Gegenteil, die Wege sind staubfrei, reiner die Luft, intensiver die Farben, würziger der Duft von Blumen, Tannen und Erde. Im Rosenrauen trug uns der Zug aus der dicken Luft der Großstadt durch die Rheinebene. In Schwetzingen stiegen wenige noch ein. In Karlsruhe halten wir zum zweiten Mal. Eine halbe Stunde zuvor ist hier ein Touristenzug mit dem gleichen Ziel abgegangen. In Offenburg wieder Lokomotivwechsel. Dann verläßt der Zug das Rheintal, strebt auf die Kinzigs- und mündet sich dann in gemächlicherem Tempo aufwärts. Nun ist es voll Tag geworden und alles steht an den Fenstern und schaut. Schöne Bilder geben vorüber. Immer neu, immer wechselnd, hochgemalt mit den gleichen Farben: bergansteigende Wiesen, festgebaute, majestätische Tannen. Im Hirsch verließen einige den Zug. Wir haben eine zweite Weidung bekommen. Schmer ist die Luft, die sie hinaufziehen hat zu der Höhe Hornbergs und Tribergs.

Wir sind am Ziel. Eine Masse Menschen quillt aus dem Zug. Vor dem Bahnhof Begrüßung, Bekanntgabe kleiner Programmänderungen durch Zeitspiel. Es sind für diejenigen, die nicht auf selbst erdachten Wegen ihren Tag verbringen wollen, Pläne gemacht. Besichtigung der Stadt, Kurkonzert, Mittagstisch, Spaziergänge veränderlicher Weisung. Zu dem Wasserfall gehen die meisten. Wir halten uns rechts, der Konzenturm ist unser nächstes Ziel. Langsam geht es auswärts. Uns zu Füßen liegt das Südtälchen mit den schmalen Häusern und leuchtenden Dächern, umspannt von smaragdgrünem Tannenreiß. Sie freuen uns der Tannenreife, des welchen Baldobens und des fernigen Geruchs. Dann verlassen wir die Tannenhöhe und plätschern nach Schönau zu. Die Wälder treten zurück. Felder und Wiesen bedecken mehr die Landschaft und wie Blumen stehen dazwischen die Häuser. Erste, alte, mit moosbedeckten Dächern, geschmackvolle neue mit Kaminen und Balkons. Auf schöner Straße geht es weiter Triberg zu. Von dort ein kleiner Aufstieg zum Wasserfall. Schwimmend drückt er hoch oben aus dunklen Tannengrün hervor und schallt sich tösend dahin. Ein wunderbares Spiel von Troh und Kraft, von Größe und Schönheit singt der Wasserfall und oft wendet man den Blick zurück, noch einmal das Bild gesehend. Am Bahnhof wendet sich unser Schritt. Rückwärts auf die Minute fährt der Zug ab. Ein paar Leute, die zum Rucksackzug gehören, sitzen mit dem, vielleicht sind dafür einige Mannheimer im Karlsruhe Zug. Für die allerdings wäre die Situation schon bedenklicher. Sie finden in Karlsruhe keinen Anschluss mehr und müßten auf den ersten Morgenzug warten. Wir fahren fahrplanmäßig von Karlsruhe ab und erreichen Mannheim eine Minute zu früh. Qualmig, die Luft auf die Luft auf die

deutung wieder die Freiheit und wird zum Fürsten erhöht. Wenig, die Tochter des Oberpfisters Methu, die ihm in reiner Liebe jungt, ist, und der auch er seine Liebe entgegenbringt, erzählt er zum Weibe. Mit dem Triumphzug Josephs und Menoche findet das Hauptspiel sein Ende. Am dritten Teil dem Nachspiel, leben wir Joseph als weissen Fürsten, der in der Rot der Hungerjahre überall sorgt. Unter Fremden, die aus fernem Ländern kommen, um Korn zu kaufen, erscheinen auch seine Brüder und der Vater. In diesem Teil gibt sich Joseph seinen Brüdern und seinem geliebten Vater zu erkennen.

Der Zuschauer wird gefesselt von den farbenprächtigen Bildern und überaus lebendigen Massenszenen. Daneben erfreuen ihn die schönen Gesänge, die gut angepaßte Musik und die Tänze, von denen besonders der Reigen der Wälderinnen hervorzuheben ist.

Die Aufführungen von Mesers Joseph und seine Brüder, die jeden Sonntag Nachmittag bis Mitte Oktober stattfinden, sind gerade in der letzten materialistischen Zeit sehr zu begrüßen. Sie führen die Liebe zur Heimat und zum Vaterland und erhalten den reinen Idealismus. So bilden die Festspiele Volkschauspiele eine schöne Frucht christlich-deutscher Kulturgemeinschaft und Volkstunf.

Kleines Feuilleton.

Der Schiefe Turm von Pisa. Ueber bauliche Untersuchungen am Schiefen Turm von Pisa und einen Vorschlag zur Verfestigung seiner unzureichenden Gründung hielt im Architektens- und Ingenieur-Verein Hamburg Ingenieur Goldberg einen Vortrag. Der wahre Ursprung der abnormen Erscheinung, die der Schiefe Turm bildet, ist geklärt die Anziehung, als ob die Abweichung von der Senkrechten in der Höhe des Turms auf Wucht des Baumeisters zurückzuführen, ist als unzutreffend erwiesen. Der Turm, der 1174 begonnen wurde, ist das Werk eines Florentiners Bonnanus und eines deutschen Meisters Wilhelm von Innsbruck, von denen jener der unteren Stämme, dieser die drei nächsten fertigstellte. Der Wank der Arbeit erfolgte dann wahrscheinlich 1350 mit dem obersten, stark verjüngten und auch formal wesentlich anders gehaltenen Geschloß. Der Senkung der einen Seite hatte man schon während des Baues durch Vergrößerung der Geschloßhöhe auf der betreffenden Seite entgegenzuwirken gesucht. Der Turm ruht, wie Goldberg feststellte, nicht auf einer geschlossenen Sohle, sondern nur auf dem Ring seiner Umfassungswand. Bei Vergleich einer englischen Messung von 1817 mit einer solchen von 1911 errechnet sich eine Zunahme der Neigung in voller Höhe des Turms (55,8 Meter) um 21 Zentimeter. Goldberg kommt zu dem Ergebnis, daß starke Rißbildung im Mauerwerk der Umfassungswand und in den Säulen, der außerordentlich große Bodendruck, Erdbeben, Stürme, die sich schwingenden Boden mit ihrem beträchtlichen Gewicht und ein Grundwasserstrom die bedrohlichen Momente sind.

Runge. Durch dunkle Streifen mit unruhigen Menschen essen wir nach Hause. Wohlige milde, voll schöner Bilder, die auch im Schimmer wahrbleiben. Paula Klär.

Fluggebühr für Post nach Rußland. Die Abänder von Flugpostkarten und Flugpostarten nach Rußland werden erneut darauf hingewiesen, daß der Flugzuschlag für solche Sendungen nicht 40 Pfg., wie im sonstigen Auslandsluftpostverkehr, sondern 8 M. für Postkarten und für jede 20 Gramm eines Briefes beträgt. Außerdem werden die gewöhnlichen Auslandsgelöhne erhoben. Es kosten also eine Flugpostkarte nach Rußland: 8 M. 50 Pfg. gewöhnliche Gebühr und 8 M. Zuschlag, zusammen 11 M. 50 Pfg. ein Brief bis 20 Gramm 6 M. und 8 M. Zuschlag, zusammen 14 M., ein Brief über 20-40 Gramm 9 M. und 16 M. Zuschlag, zusammen 25 M., ein Brief über 40-60 Gramm 12 M. und 24 M. Zuschlag, zusammen 36 M. u. f. f.

Wieder: Seite in den D-Jagen um. Seite gab es einst in den D-Jagen umloft. Sie erscheint jetzt wieder, wird aber durch die Dienstfrauen verkauft, das Stück zu 3,50 M. Der Verkaufspreis ist auf den Umhüllungen aufgedruckt. Der Dienstfrau verbleiben 40 Pfg. als Verdienst.

Dampfsektorkonfession. Dem Diplomingenieur Ernst Raber in Mannheim sind vom Ministerium des Innern die Befugnisse eines Dampfsektorkonfessionärs für das Land Baden übertragen worden.

Sonderzug Mannheim-München. Verschiedene hiesige Arbeitgebervereine lassen für ihre Mitglieder und deren Angehörigen einen Sonderzug nach München laufen. Der Zug verläßt Mannheim am 9. August. In München sind die Tage freizeithalt vorgelesen. Die Rückfahrt erfolgt am 14. August. Der Fahrpreis für die Hin- und Rückfahrt beträgt M. 100. Für Unterkunft in guten Privatquartieren in München zu M. 40.— bis 60.— pro Bett und Nacht ist Sorge getragen. Auskunft erteilt der Verkehrsverein Mannheim. (Siehe Anzeige.)

Kommunale Chronik.

Karlsruhe, 24. Juli. Der Leiter des städtischen Preisprüfungsamtes Karlsruhe, Herr Rechtsanwalt Dr. Edwin Müller, hat, wie die „Bad. Presse“ erzählt, sein Amt als Vorsitzender der städtischen Preisprüfungskommission niedergelegt. Er wird zunächst bis zum Ablauf der Kandidationsfrist das Amt noch weiter versehen. Der Antrag zur Niederlegung des Amtes ist wohl darin zu suchen, daß Dr. Müller den von den Verbrauchervereinen gemäßigten Ausbau der Preisprüfungsstellen zu einem einheitlichen Reg. örtlicher Preisprüfungsstellen infolge der zahlreichen Widerstände nicht erreichen konnte. Da vereinzelt Preisprüfungsämter wie Karlsruhe nicht mit Erfolg arbeiten können, wenn überall im Lande wilde Preiswettbewerb herrscht, sah sich Dr. Müller veranlaßt, sein Amt niederzulegen.

Aus dem Lande.

Heidelberg, 25. Juli. Nach zehnjähriger Unterbrechung hat die Dichtung der Bad-Heidelberg-L.O. den Gedanken der Festlichkeitsfeier wieder aufgegriffen und in lauffähiger Weise der Verwirklichung entgegengeführt. Als erste Aufführung wird die zweifelhafte Oper „Der Bajazzo“ von Leonello mit Offien (Berard Ringo als „Redda“) auf dem Hofen-Parterre des Stadgartens gegeben. Dieser Veranstaltung geht am Donnerstag, den 27. Juli, ein Sommerfest im Schlosshof und in den Kellereien unter dem Bandhaus und dem Friedrichshaus mit Illumination, bengalischer Fackelbeleuchtung und Konzert voraus.

Mannheim, 24. Juli. Die Gemeinnützige Bau- und Wohnungsgesellschaft Weinsheim, die bereits über 500 Mietswohnungen zählt, hat mit Hilfe städtischer, gemeindlicher und privater Unterstützung, wobei sich namentlich 2 hies. industrieller Großfirmen beteiligten, im abgelaufenen Rechnungsjahr 33 Neuwohnungen erstellt u. baut gegenwärtig 44 Wohnungen, die ihrer Vollendung entgegengehen. Die Generalversammlung hat die Höhe der Anteilnahme auf 1000 Mark festgelegt. Der Rechenschaftsbericht für das abgelaufene Rechnungsjahr schließt in Einnahmen und Ausgaben mit rund 8 Millionen Mark ab.

Aus der Pfalz.

Waldsee, 25. Juli. Letzte Woche fuhr ein Deutsch-Amerikaner mit seinem Auto, welches von Ludwigshafen herkam, auf der Staatsstraße dahin in eine von Bad Dürkheim kommende Schafherde. Es sind eine Anzahl Schafe getötet worden, während mehrere der Tiere derart verletzt wurden, daß sie in Ludwigshafen abgeschlachtet werden mußten. Der Schaden wurde von dem Schäfer sofort festgestellt. Von dem Amerikaner sind sofort etwa 35000 M. Schadenersatz bezahlt worden.

Reinhold a. d. S., 25. Juli. Der Vorstand des hiesigen Bezirksamts, Herr Oberregierungsrat Jander, nimmt mit dem Herbst seinen Abschied. Als sein Nachfolger ist Reg.-Rat Schneider in Speyer auszuwählen. — Das ehemalige Hotel „Löwen“, das größte Anwesen Reinsbads, das nach Kriegsende aus den Händen des Hoteliers Feld in den Besitz der Banque du Rhin überging, vor Jahresfrist aber durch die Pfälzische Bank (jetzt Rheinische Creditbank) angekauft wurde, ist jetzt in seinem Ausbau fertiggestellt. Nachdem die Parterreerde schon früher für Bankzwecke (d. h. für die Banque du Rhin) hergerichtet worden waren, ist jetzt auch der zweite Stock zu Bureauzwecken umgebaut worden, während die Rheinische Creditbank der erste Stock nicht ausreicht. Außerdem ist das Anwesen durch einen kleinen Neubau auf der Ostseite erweitert worden. — Ein langjähriger Mitarbeiter einer hiesigen Sago- und Stärkefabrik ließ sich einen schweren Verkehrsunfall zuzuführen kommen, indem er einer Konkurrenzfirma in Frensbach-Hamburg wichtige Betriebsgeheimnisse und -Einrichtungen, teilweise an Hand von Stützen und Zeichnungen, teilweise durch Lieferung entwendeter Fabrikate verriet. Er wurde hier für seitens der Konkurrenz mit einem jährlich wertvollen Kreditlohn über anderthalb Millionen M. bedacht, erhielt hiernach aber nur 150 000 M. Die Staatsanwaltschaft hat die Anklage in Händen.

London, 24. Juli. Ein neuer Wohlthäter in Amerika ist unserer Stadt in der Person eines Herrn Friedrich Schupp entlassen, eines alten Londoners, der, obwohl selbst ohne größeren Vermögen, bisher 15 000 Mark gespendet hat, die zur Sperrung unterernährter Kinder und zur Schulfürsorge verwendet wurden. Der Stadtrat sprach ihm für die edle Tat in öffentlicher Sitzung herzlichsten Dank aus.

Schwargensdorf, 25. Juli. Eine Pilsbergung ist auch im nahen Böhmerwald zu vergleichen. Die Familie des Schlossermeisters Johann Neß, die selbstgeschaffte Pils gebacken hatte, erkrankte nach dem Genuss. Die 25 Jahre alte Ehefrau und ein 2 Jahre altes Kind starben abends, der Mann und ein weiteres Kind liegen schwer krank darnieder. Nicht ist erst vor wenigen Wochen aus Württemberg in die böhische Fabrik eingetreten.

Jewelstein, 24. Juli. Hunderte von Saarländern, die mit der Eisenbahn oder zu Fuß hier eingetroffen waren, bevölkerten am Sonntag wiederum die Stadt, um mit Hilfe der Frankensammlung sich mit Lebensmitteln einzudecken. Schon am frühen Vormittag standen Käufer der Lebensmittelhandlungen, Metzgereien usw. bis auf die Straße, andere Geschäfte waren bis zum letzten Pfund von Einkäufern gefüllt. Hauptächlich waren Fleischwaren ein begehrter Artikel, so daß einzelne Vertauschungen schon im Laufe des Nachmittags auszuverkaufen waren und die einheimischen Hausfrauen nur mit Mühe ein Stück Brotgeschicklichkeit sich sichern konnten. Wenn auch den Landesleuten jenseits der Zollgrenze die hiesigen Einkaufsmöglichkeiten in der Weisheit genandt werden, so erfolgt dieser Einkauf erheblicher Mengen Lebensmittel doch nur ohne Rücksicht darauf, daß die einheimische, weniger kaufkräftige Bevölkerung an die Wand gedrückt wird und die Preise keine Preis zum Abwärtsgehen zeigen. Die Bäckereimann hat ab heute den Preis für ein Paar Weide auf 1 M., für einen Dreipfennig Brot auf 35 M. hinaufgesetzt. Auch andere Lebensmittelpreise sind hochgesetzt. Auf dem Festmarkt machten die Preise für ein Hektar ebenfalls Sprünge nach oben; von 34 angefahrenen Tieren wurden 25 zu Preisen von 2400 bis 3000 M. das Stück abgesetzt, außerdem waren 18 Küfer dem Verkauf unterstellt, von denen 8 Stück zu je 4400 M. verkauft wurden.

Dremsau, 25. Juli. Großes Aufsehen erregt hier eine Schilberaffäre, in der besonders auswärtige Schilbändler in Speyer und Baden beteiligt sind. Es soll sich um Millionenwerte an Schilbhandeln handeln, die mittels gefälschter Ausfuhrscheine nach dem Ausland vertrieben wurden und wobei auch ein Beamter vom hiesigen Zollamt beteiligt sein soll. Der frühere Speibergeschäftsführer Ernst Diehl, der wichtig war, wurde in Frankfurt verhaftet. Die Untersuchung, zu der ein Beamter der Ausfuhrstelle in Bad Emmerke, ist noch im Gange.

Nachbargebiete.

aw. Darmstadt, 25. Juli. Verhaftet wurde hier ein 31-jähriger bespärchen, das sich durch seine Geldausgaben auffällig machte. Der Mann ist von hier, der gemeinsam mit seiner Begleiterin in Hamburg und einem jungen Manne von Bremen einen Kurierkoffer in Bremen 1000 Dollars gestohlen hat. Das Geld wurde umgewandelt und dann ein flottes Leben geführt. Eine 8000 M. wurden beigebracht, der Rest fehlt noch. — Der Kriminalrat gelang es, drei junge Burken von hier festzunehmen, die den Körpern Wasserleitungsböden und dergleichen gestohlen haben.

aw. Groß-Rohrheim, 25. Juli. Einen Zusammenstoß mit 12 Personen hat der Postwart Man, wobei einige Schüsse gewendet wurden. Die beiden Wilderer sind in der Richtung nach Wagramheim entkommen. Der eine wurde erkannt und die Verhaftung sofort angeleitet.

Sportliche Rundschau.

1. Pfälzisches Kreisturnfest in Speyer.

Speyer, 24. Juli. Der Haupttag des Kreisturnfestes, der Sonntag, stand im Zeichen reger turnerischer Arbeit. In den frühen Morgenstunden entsandte sich auf dem großen Platz ein lebhafter Turnbetrieb. Jeder Verein und jeder Einzelne gab sein Bestes. In den überaus reich geschmückten Strahlen der Stadt drängte sich eine nimmer endenwollende Schar Pfälzer Turner und Turnerinnen. Der Wettergott zeigte große Luft, den für nachmittags angelegten Festzug zu Wasser werden zu lassen; aber die letzten Augenblicke begann er sich eines anderen und mit einiger Vorsicht durchzog die Turner mit klingendem Spiel und wehenden Fahnen in strammer Ordnung die Straßen der Stadt. Viele der Vereine schickten im Zug Symbole ihrer Berufsrichtung mit. Die große Teil so originell aufgemacht waren, daß sie den turnerischen Reigen der zahlreichen Zuschauermenge fesselten. Große Beifallszeit erreichte die Oppauer Turner, die ihr Vereinsfähnchen mit zwei riesigen Dampfmaschinen besetzten hatten.

Den Höhepunkt des ganzen Festes bildeten die allgemeinen Festübungen auf dem Festplatz. Unter Vorantritt der Pfälzer Turner schickten sich die etwa 3000 Turner auf dem Platz auf und führten die Übungen einer geradezu kaum zu beschreibenden Sicherheit durch. Es war ein so großes und eindrucksvolles Bild, daß manchen der alten Turner, die sich das Schauspiel nicht entgehen lassen wollten, die Tränen in die Augen traten. Der Festzug wurde durch die Verarmung unter Aufsicht der Stadtverwaltung ab. In höchster Ordnung zogen dann die Vereine zum Turnplatz ab, wo bald wieder die beiderseitigen Wettkämpfe stattfanden. Dabei fanden besonders die Ausdauerkämpfe, der Stabhochsprung und die vollständigen Spiele das Interesse der Zuschauer.

Bei den Ausschließungsspielen ging L. B. Frankenthal als Sieger im Schachspiel und W. Birmafer als Sieger im Faustball hervor. Bei den Entschlußkämpfen triffen sich für Schachspiel L. B. Frankenthal und L. B. Birmafer, für Faustball L. B. Birmafer und L. B. Frankenthal. — Die Sieger für Turnereinnern Jahrgang 1904 und früher: 1. Sieger: L. B. Birmafer, 2. Sieger: L. B. Frankenthal, 3. Sieger: L. B. Birmafer. — Reunfamt für Turnerinnen, Jahrgang 1904 und früher: 1. Sieger: Rosa W. d. M., 2. Sieger: Birmafer, 3. Sieger: Birmafer. — Die Sieger für Schachspiel: 1. Sieger: L. B. Birmafer, 2. Sieger: L. B. Frankenthal, 3. Sieger: L. B. Birmafer. — Die Sieger für Faustball: 1. Sieger: L. B. Birmafer, 2. Sieger: L. B. Frankenthal, 3. Sieger: L. B. Birmafer. — Die Sieger für Stabhochsprung: 1. Sieger: L. B. Birmafer, 2. Sieger: L. B. Frankenthal, 3. Sieger: L. B. Birmafer. — Die Sieger für Kugelstoßen: 1. Sieger: L. B. Birmafer, 2. Sieger: L. B. Frankenthal, 3. Sieger: L. B. Birmafer. — Die Sieger für Speerwurf: 1. Sieger: L. B. Birmafer, 2. Sieger: L. B. Frankenthal, 3. Sieger: L. B. Birmafer. — Die Sieger für Hammerwurf: 1. Sieger: L. B. Birmafer, 2. Sieger: L. B. Frankenthal, 3. Sieger: L. B. Birmafer. — Die Sieger für Dischköcher: 1. Sieger: L. B. Birmafer, 2. Sieger: L. B. Frankenthal, 3. Sieger: L. B. Birmafer. — Die Sieger für Kugelstoßen: 1. Sieger: L. B. Birmafer, 2. Sieger: L. B. Frankenthal, 3. Sieger: L. B. Birmafer. — Die Sieger für Speerwurf: 1. Sieger: L. B. Birmafer, 2. Sieger: L. B. Frankenthal, 3. Sieger: L. B. Birmafer. — Die Sieger für Hammerwurf: 1. Sieger: L. B. Birmafer, 2. Sieger: L. B. Frankenthal, 3. Sieger: L. B. Birmafer. — Die Sieger für Dischköcher: 1. Sieger: L. B. Birmafer, 2. Sieger: L. B. Frankenthal, 3. Sieger: L. B. Birmafer.

Kraftfahrwesen.

Ein Ereignis auf automobilistischem Gebiet bildete das Baden-Badener Automobilturnier vom 10. bis 12. Juli. Die Gesamtwertung ergab, wie mitgeteilt, als Sieger im Monatstest bis 18 St. PS Koch, bis 24 St. PS Nicemann, 25 bis 30 St. PS Salier, sämtlich auf Continental. Die Gesamtwertung des Monatskonkurrenz am 12. Juli sah die Continental-Reifen in der Front, während die Verprüfungsrichter 8 Siege für die Continental-Reifen brachte.

Kudern.

Herbst-Kudern. Der Mannheimer Regatta-Verein veranstaltet am 8. September auf dem unteren Neckar nachmittags sein diesjähriges Herbstkudern. Die Ausschreibung folgt. Rennen vor, die in folgender Reihenfolge ausgetragen werden sollen: 1. Regatta-Pokal-Einer (Wanderpreis), 2. Senior-Blender, 3. Infanterie-Blender, 4. Gop-Blender, 5. Jungmann-Einer, 6. Junior-Blender, 7. Küster, 8. Regatta-Vereins-Küster.

Briefkasten.

Wir bitten für den Briefkasten bestimmte Einlieferungen auf dem Umwege als solche kennlich zu machen. Persönliche Auskünfte können nicht gegeben werden. Verantwortung für Inhalt und rechtliche Folgen ist dem Verfasser zu überlassen. Jeder Anfrage ist die letzte Besorgung zu beizugeben. Anfragen ohne Namentnennung werden nicht beantwortet. „St. 100.“ Das Gesetz ist an den Gemeinderat des Mannheimer als ausführlicher Begründung zu richten. „H. D.“ Der Händwerker muß für Kenntnis von ihm bedienten Werten (auch Werten) die Abgabe entsprechend der Höhe des tatsächlichen Wertes entrichten. „M. H. v.“ Wenn Sie bereits abgefunden worden sind, ist eine Nachzahlung nicht mehr zu rechnen. „Charakterabzug.“ Die Abzüge in Berlin-Cranenburg. „Rebeler.“ Werden Sie sich in der Angelegenheit an den Reichsausschuss wenden. „Kud.“ Betragen Sie in dieser Angelegenheit das Bdt. Juchend.

Wetterdienstnachrichten

der badischen Landeswetterwarte in Karlsruhe. Beobachtungen darüber Wetterstellen (700 morgens)

Table with 10 columns: Ort, Temperatur, Wind, etc. Rows include Mannheim, Rühlshaus, Karlsruhe, Baden-Soden, Billingen, Heidelberg, Badenmeller, St. Blasien.

Allgemeine Witterungsübersicht.

Auf der Rückseite des nach Osteuropa abziehenden Tiefdruckgebietes gingen gestern in Süddeutschland vielfach starke Niederschläge nieder. Heute haben die Niederschläge nachgelassen, die Witterung nimmt langsam ab, da von der Distalste ein Hochdruckgebiet vorküht, das für die nächste Zeit meist besseres, trockenes Wetter bringen wird. Es ist jedoch unabweisbar, daß die Fortsetzung der Witterung von Bestand ist, da südwestlich von Ostdeutsch ein neues Tiefdruckgebiet vorbringt.

Voraussetzliche Witterung bis Mittwoch nacht 12 Uhr: Vorübergehende Besserung, teilweise heiter, trocken, etwas milderer, nördliche Winde.







